Editorial

Die Eingangsrubrik in diesem Heft ist dem 70. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus gewidmet. Dabei bemühen wir uns, unseren spezifischen Beitrag zur Erinnerungskultur zu leisten und dem Mainstream des Gedenkens an den 8. Mai 1945 zu trotzen. Wir möchten vor allem jene Themen besetzen, die beim Gedenken an dieses bedeutsame Ereignis weitgehend ausgespart wurden. So würdigt Rainer Holze eingangs das erfolgreiche wissenschaftliche Kolloquium unseres Förderkreises und des Berlin-Brandenburgischen Bildungswerks e. V. "Eine Stunde Null in den Köpfen? Zur geistigen Situation nach der Befreiung vom Faschismus 1945", das am 30. April 2015 in Berlin stattfand. Weitere Berichte hierzu werden auf der Homepage unseres Förderkreises veröffentlicht (http://www.fabgab.de/). Jörg Wollenberg kommentiert einen von ihm 1977 in Bielefeld im Abfall entdeckten Briefwechsel von Buchenwald-Häftlingen aus den Jahren 1946 und 1947, aus dem hervorgeht, wie schnell ihre Hoffnungen auf eine Neugestaltung Nachkriegsdeutschlands zerstoben. Birgid Leske macht mit der im Mai online gestellten Datenbank „Sowjetische Grabstätten und Ehrenmale in Deutschland" bekannt.

In der Rubrik „Archive und Bibliotheken" informiert Günter Benser über Erschließungsarbeiten, Internetpräsentation und Bestandszugänge der SAPMO (BArch). Erstmals in unseren „Mitteilungen" erscheinen Beiträge zu Beständen italienischer (Dietmar Lange) und US-amerikanischer (Philipp Reith) Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Rolf Funda gewährt Einblick in das Anliegen des Vereins „Erinnerungsbibliothek DDR e.V. ".

Fortgesetzt wird die „Findmittel"-Rubrik Kurt Metschies. Holger Czitrich-Stahl stellt mit einem Brief des sozialdemokratischen Juristen und Reichstagsabgeordneten Arthur Stadthagen an Rosa Luxemburg vom 25. Juni 1914 ein „besonderes Zeitdokument" vor. In der Rubrik „Tagungen und Konferenzen" unterrichtet Günter Benser über die 25. Sitzung des Kuratoriums der SAPMO (BArch), während Yves Müller über eine internationale Tagung zur Zerstörung der Arbeiterkultur durch Faschismus und Nationalsozialismus berichtet. Erkenntnisse und Quellen seiner Dissertation „'Arbeit ist keine Ware!' – Umkämpfter Arbeiterdiskurs in der Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit in Berlin und New York City in den späten 1860er und frühen 1870er Jahren" vermittelt Philipp Reith. Die Rubrik „Vorträge" enthält das Autorreferat Ursula Schröters zu ihrem Vortrag im Bundesarchiv über die Pädagogischen Kongresse 1946 bis 1989 in der Sowjetischen Besatzungszone / DDR. Das Protokoll der 24. Jahresversammlung des Förderkreises am 25.04.2015 sowie eine Würdigung des Vereinsengagements von Birgid Leske anlässlich ihres 70. Geburtstages sind in der Rubrik „Vereinsleben" zu finden.

Herausgeber und Redaktion

INHALT

Editorial 1
Herausgeber und Redaktion

70 Jahre Befreiung vom Hitlerfaschismus

„Eine Stunde Null in den Köpfen? Zur geistigen Situation nach der Befreiung vom Faschismus 1945“ – Betrachtungen zum wissenschaftlichen Kolloquium des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. und des Berlin-Brandenburgischen Bildungswerkes e.V. am 30. April 2015 in Berlin. 4
Dr. Rainer Holze

„Die Einheit des deutschen Raumes wahren.“ Ein Briefwechsel von Buchenwald-Häftlingen 1946/47, dem Müllhaufen in Bielefeld entrissen 7
Prof. Dr. Jörg Wollenberg

Datenbank zu Gräbern und Ehrenmalen russischer und sowjetischer Toter des Ersten und Zweiten Weltkrieges in Deutschland (Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst) 10
Dr. Birgid Leske

Archive und Bibliotheken

Erschließungsarbeiten, Internetpräsentation und Bestandszugänge der SAPMO (BArch) 13
Prof. Dr. Günter Benser

Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Italien 15
Dietmar Lange

Die Tamiment Library & Robert F. Wagner Labor Archives – Gedächtnis der Arbeiterparteien und sozialen Bewegungen der USA. . . . 18
Philipp Reick

Erinnerungsbibliothek DDR e. V. 25
Dr. Rolf Funda

Besondere Zeitdokumente

Mitteilung über einen Brief von Arthur Stadthagen an Rosa Luxemburg vom 25. Juni 1914 im Kontext des gegen sie geführten Prozesses wegen „Beleidigung des Offizierskorps“ 28
Dr. Holger Czitrich-Stahl

Übersichten und Findmittel

Folge XXXVII 32
Kurt Metschies

Tagungen und Konferenzen

25. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 29. April 2015 37
Prof. Dr. Günter Benser

Die Zerstörung der Arbeiterkultur durch Faschismus und Nationalsozialismus (in memoriam Herbert Exenberger), 14./15. November 2015 38
Yves Müller

Neues aus der Forschung

Promotionsprojekt: 42
“Arbeit ist keine Ware!” – Umkämpfter Arbeiterdiskurs und die Bewegung zur Verkürzung des Arbeitstages in Berlin und New York City in den späten 1860er und frühen 1870er Jahren. . . . . .
Philipp Reick

Aus dem Vereinsleben

Protokoll der 24. Jahresversammlung des Förderkreises 45

Birgid Leske 70 Jahre 49

Vorträge

Wie DDR-Kinder erzogen werden sollten: Die Pädagogischen Kongresse der SBZ / DDR 1946 – 1989 im Rückblick, 19. März 2015 50
Dr. Ursula Schröter

Buchbesprechungen & Literaturhinweise 53

70 Jahre
Befreiung vom Hitlerfaschismus

♦ ♦ ♦

Schwur der 21.000 Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald
(19. April 1945)

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“[1]

♦ ♦ ♦

„Eine Stunde Null in den Köpfen? Zur geistigen Situation nach der Befreiung vom Faschismus 1945“:

Betrachtungen zum wissenschaftlichen Kolloquium des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. und des Berlin-Brandenburgischen Bildungswerkes e.V. am 30. April 2015 in Berlin[1]

Das o.g. ganztägige Kolloquium im KulturGut (Berlin, Alt-Marzahn) war ein voller Erfolg. Übereinstimmend hoben viele seiner mehr als 80 Teilnehmer – Historikerinnen und Historiker, Archivarinnen und Archivare, Bibliothekarinnen und Bibliothekare sowie weitere Interessierte – das hohe Niveau dieser Tagung hervor. Es blieb die einzige wissenschaftliche Konferenz in Deutschland – einschließlich des linken Spektrums –, die im Rahmen des Gedenkens an den 8. Mai 1945 ausführlich und differenziert die geistige Situation nach der Befreiung vom Faschismus erörterte. Dabei ging es vornehmlich um die Hoffnungen und Erwartungen jener Menschen, die sich nicht ausschließlich

[1] Walter Bartel/Paul Grünwald u.a.: Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte, Kongress-Verlag, 3. Aufl., Berlin 1961, S. 645.

[1] Überarbeitete Fassung des in der Z. Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, 26. Jg., Nr. 103, September 2015, S. 179 f., erschienenen Berichtes.

vom Erbe der Vergangenheit beherrschen ließen, sondern auf die Chance des Neubeginns setzten. Neben vielen unbelehrbaren Nationalsozialisten, die in den westlichen Besatzungszonen nach und nach wieder an die Schalthebel der Macht gelangten, und vielen Deutschen, die aufgrund ihrer Erfahrungen mit der faschistischen Diktatur in Deutschland politikverdrossen reagierten, existierte auch eine Aufbruchsstimmung. Sie gab es bei jungen Leuten, bei ehemaligen Mitgliedern der KPD, der SPD sowie anderer Arbeiterparteien und bei Gewerkschaftern, die entweder am antifaschistischen Widerstand teilgenommen oder sich während der Zeit der faschistischen Diktatur „unauffällig" verhalten hatten bzw. ins Exil getrieben wurden. Diese Aufbruchsstimmung wirkte bis in die damaligen Parteiprogramme hinein.

Wenn wir die geistige Verfasstheit der Intelligenz im Jahre 1945 in den Blick nehmen, ist zu konstatieren: Die politisch-historischen Erfahrungen in der Weimarer Republik, in der faschistischen Gewaltherrschaft und im Zweiten Weltkrieg führten zu der Überlegung, dass eine kulturelle Erneuerung nur im Zusammenhang mit umfassenden gesellschaftlichen Umwälzungen möglich sei.

Das Auftaktreferat der von Reiner Zilkenat und Heinz Engelstaedter moderierten und vom Berlin-Brandenburgischen Bildungswerk vorzüglich betreuten Konferenz hielt Günter Benser zum Thema „1945 – eine historische Zäsur". Darin kennzeichnete er die historisch-politische Brisanz und Dimension dieser Zäsur, das veränderte internationale Kräfteverhältnis und die neue internationale Architektur sowie den „allgemeinen sozialistischen Zug der Zeit". Benser erinnerte sowohl an den alliierten Konsens im Kampf gegen den Faschismus, an die Bestrafung der Schuldigen, aber auch an das Ende dieser Kooperation und den Übergang zum Kalten Krieg. Er wie die folgenden Vortragenden setzten sich prononciert mit der Metapher der „Stunde Null" auseinander. Sie sei allenfalls geeignet, die subjektive Verfasstheit deutscher Zeitgenossen zu umschreiben und suggeriere zudem die Vorstellung, als ob sich am Ende des Zweiten Weltkrieges und angesichts der katastrophalen Niederlage alle Deutschen als eine Schicksalsgemeinschaft verarmter, hungernder, notleidender und orientierungsloser Menschen empfunden hätten, für die – zumindest vorübergehend – die Klassentrennung und die politischen Lager keine oder nur eine nebensächliche Rolle gespielt hätten. Mit Nachdruck warf Benser die Frage auf, warum die im antifaschistischen Widerstand und in der Antihitlerkoalition gewonnenen Einsichten, Konzepte und Programme so schnell wieder aufgegeben oder zumindest als Grundlage praktischen Handelns verworfen worden seien. Auch stellte er die Frage nach dem Preis, den wir für die Dominanz von Profitmaximierung, egoistischen Klassen- und nationalen Sonderinteressen, politischem und religiösem Fanatismus zu zahlen haben.

Zwei weitere Vereinsmitglieder – Jörg Wollenberg und Peter Brandt – befassten sich in ihren Vorträgen „'Fraglich, ob Deutschland überhaupt als ge-

schlossene Einheit aus dem Krieg rauskommt‘ (Willy Brandt) – ‚Kein Neu Beginnen nach 1945‘ (Hermann Brill)“ sowie „Zwischen Grotewohl und Schumacher. Sozialdemokratische Sozialismuskonzeptionen 1945/46“ mit weitestgehend in Vergessenheit geratenen konzeptionellen Vorstellungen deutscher Sozialisten zum politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Neuaufbau Nachkriegsdeutschlands sowie mit den Ursachen ihres Scheiterns. Besondere Aufmerksamkeit fanden bei den Teilnehmern jene Teile der Ausführungen des Kollegen Wollenberg, die belegen, dass Willy Brandt Anfang 1945 im schwedischen Exil über eine sozialistische Transformation im Nachkriegsdeutschland und ein enges politisches Verhältnis zur Sowjetunion nachgedacht hatte.

Gisela Notz widmete sich den überparteilichen Frauenausschüssen nach dem Zweiten Weltkrieg sowie den Aktivitäten der sozialdemokratischen Frauen in jener Zeit. Sie veranschaulichte vor allem die beträchtlichen Schwierigkeiten, die diese Frauen zu überwinden hatten. Die Auseinandersetzung der KPD mit der ideologischen Hinterlassenschaft des deutschen Faschismus beleuchtete Jürgen Hofmann. Er hob hervor, dass die KPD-Führung sich vor allem ab 1944 im Moskauer Exil in ihren intensiven Diskussionen auf die Nachkriegsgestaltung Deutschlands vorbereitete. Siegfried Prokop vermittelte in seinem Vortrag ein differenziertes Bild über die Befindlichkeit der Intelligenz in der sowjetischen Besatzungszone. Letztere sei unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur sehr stark deformiert worden. Der beginnende poltisch-soziale Wandel der Intelligenz müsse im untrennbaren Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Umbrüchen – der Entnazifizierung, der Boden- und Justizreform und der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher – gesehen werden. Jörg Roesler erörterte den Umgang mit den Flüchtlingen aus dem Osten Deutschlands in der sowjetischen und britischen Besatzungszone. Er zeigte, wie sie die „Stunde Null“ erlebten und welche Perspektiven den Flüchtlingen aus dem Raum zwischen Oder und Neiße in den beiden Besatzungszonen geboten wurden. In diesem Kontext verdeutlichte Roesler, dass die auf die Integration der Flüchtlinge gerichteten Bestrebungen in der sowjetischen Besatzungszone durch die hier auf den Weg gebrachten gesellschaftlichen Veränderungen in Politik und Ökonomie (wie die Inangriffnahme der Bodenreform) befördert wurden. Im Lichte der Kolloquiums-Problematik sprach Heinz Engelstaedter zum Thema „Geschichtsverständnis – Anspruch und Wirklichkeit“. Eine Lesung von Hans Peter Maus über die bildende Kunst 1945 trug ebenfalls zum Gelingen der Veranstaltung bei.

Derzeit wird ein Sammelband mit den auf dem Kolloquium gehaltenen Vorträge – ergänzt durch weitere Beiträge – vorbereitet. Der Band wird in der Herausgeberschaft von Reiner Zilkenat und Rainer Holze im Verlag edition bodoni erscheinen.

Rainer Holze

„Die Einheit des deutschen Raumes wahren.“ Ein Briefwechsel von Buchenwald-Häftlingen 1946/47, dem Müllhaufen in Bielefeld entrissen

Im Oktober 1977 traute ich meinen Augen nicht. Während eines Spazierganges in Bielefeld lag vor mir im Sperrmüll ein Briefwechsel der Buchenwald-Häftlinge Paul Jagenburg, Ernst Thape und Joachim Wittschiebe, angereichert durch Briefe des Nationalbolschewisten Richard Scheringer, der 1931 als einstiger Hitler-Förderer in einem Aufsehen erregenden Schritt zur KPD übergetreten war. Der Ort des Fundes: das Haus an der Hochstraße 14 in Bielefeld, Wohnsitz der Familie Jagenburg. Die Villa musste dem Ostwestfalen-Damm weichen. Die Erben hatten offensichtlich kein Interesse, den Nachlass des langjährigen Kulturreferenten der Stadt Bielefeld zu bewahren. Es handelt sich um einen Briefwechsel aus dem Jahre 1946/47. Er macht deutlich, wie schnell die gemeinsame Hoffnung der KZ- Häftlinge auf eine Neuordnung Deutschlands durch die "Auslieferung an die verschiedenen Besatzungsmächte in ideologischer und praktischer Hinsicht" schwinden sollte (Jagenburg an Thape, 28.01.1946). Dazu einige Hinweise zur Einordnung des Briefwechsels.

Ende April 1947 versammelten sich die Delegierten der britischen Besatzungszone in Bielefeld, um den DGB zu gründen. Mit dabei waren neben Vertretern der Militärregierung und Repräsentanten des öffentlichen Lebens aus dem In-und Ausland auch Kommunalpolitiker wie Paul Jagenburg (KPD). Die Sitzung wurde von Hans Böckler (SPD) vom Zonenvorstand der Gewerkschaften aus Köln eröffnet. Unter den Gästen befand sich auch der Vorsitzende des FDGB der SBZ aus Berlin, Hans Jendretzky (SED). Seine Begrüßungsrede wurde mit „starkem Beifall“ aufgenommen, weil er für die „baldige Schaffung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands“ plädierte. Der Vertreter der gastgebenden Gewerkschaft vor Ort, Hans Böhm, sprach im Namen des Zonenvorstands ebenfalls die Hoffnung aus, „dass der Tag nicht fern sein möge, wo über die Zonengrenzen hinaus auch die Gewerkschaftsbewegung ein einheitliches Gesicht trägt“.

Noch beherrschte der Schwur von Buchenwald die Herzen und Köpfe vieler Deutscher, auch wenn einige der Buchenwaldhäftlinge den eingeschlagenen Weg zur Einheit der Arbeiterbewegung mit Sorge beobachteten. Für den Bielefelder Buchenwaldhäftling Paul Jagenburg war die "vertrauensvolle Aussprache und Zusammenarbeit der beiden Linksparteien als Voraussetzung und Möglichkeit, den Wiederaufbau zu beginnen" schon Anfang 1946 gefährdet. (Brief an Ernst Thape, 28.01.1946). Eineinhalb Jahre später teilte der bayerische Landtagsabgeordnete Richard Scheringer (KPD) dem in Bielefeld als Kulturreferenten tätigen Freund Jagenburg dazu lapidar mit: "Ich sehe für Deutschland katastrophale Zeiten kommen. Die erste Periode des Kampfes

um die Einheit Deutschlands und die Schaffung einer großen Linken nähert sich ihrem Ende mit negativem Abschluss" (12. Juli 1947). Jagenburg, nach der Befreiung zunächst für die Betreuung der politisch Verfolgten in Bielefeld zuständig, hatte monatelang als Mitglied der KPD auf die Besetzung der ihm zugesprochenen Stadtratsstelle in Bielefeld warten müssen. Er fragte deshalb am 28. Januar 1946 beim damaligen Vizepräsidenten der Provinz Sachsen (Sachsen-Anhalt), Ernst Thape, an, ob dieser ihn nicht in der SBZ unterbringen könne. Der Sozialdemokrat Thape gehörte zu den Verfassern des "Buchenwalder Manifest für Frieden, Freiheit und Sozialismus", das am 13. April 1945 vom unbeugsamen Sozialisten Hermann Brill den Häftlingen in der Kinohalle von Buchenwald als Regierungsprogramm für eine „deutsche Volksregierung" vorgestellt worden war. Thape hatte nach der Befreiung die Vereinigung von KPD und SPD zur SED mitgetragen. Als Parteigänger von Gustav Dahrendorf, dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten der SPD, nahm er u.a. im Dezember 1945 an der 60er Konferenz von SPD- und KPD-Vertretern in Berlin teil. Er verließ jedoch im November 1948 während der Berliner Blockade die SBZ, trat aus der SED aus und wurde 1949 Pressereferent des Ministerpräsidenten Hinrich Kopf (SPD) in Hannover. Auch gegenüber dem in Magdeburg tätigen KPD-Sekretär Joachim Wittschiebe äußerte Jagenburg Zweifel am Einfluss der Deutschen auf die Politik: "Denn eigentliche Politik können wir ja doch auf längere Zeit nicht machen, weil wir kein souveränes Volk sind, und Erfüllungspolitik zu treiben und damit mancherlei gutzuheißen, was ich nicht billigen und für unser Volk nicht vorteilhaft ansehen kann, möchte ich vermeiden; darin liegt die Gefahr, sich die Wirkung der Zukunft zu verbauen" (17.03.1946). Gleichzeitig hielt Jagenburg im März 1946 zur Entwicklung in der SBZ fest: "Gegen die dort durchgeführte Einheitspartei habe ich mancherlei Bedenken. Nicht dass ich gegen die Einheit der Arbeiter und aller sozialistisch eingestellten Menschen in Deutschland wäre. Aber mir scheint eine Aktionseinheit aus verschiedenen Gründen richtiger. Außenpolitisch bedeutet die dortige Einheitspartei ein Festlegen auf eine äußere Macht. Darin liegt die Gefahr, dass wir in unserem gegenwärtigen Zustand völliger Ohnmacht den außenpolitischen Interessen dieser einen Macht völlig ausgeliefert sind ... Innenpolitisch, oder richtiger ausgedrückt, parteilich gesehen, sehe ich zweierlei Nachteile. Einmal die Möglichkeit, dass sich eine neue Sozialdemokratische Partei auftun wird aus den Angehörigen der jetzigen SPD, welche mit der befohlenen Einigung nicht einverstanden sind (unser alter Lager-Kamerad Hermann Brill hat den SED-Ausschuss verlassen!); und zweitens, dass ein großer Teil der Volksgenossen, welche sich der SPD angeschlossen haben würden, die bürgerlichen Parteien verstärken werden. Im großen und allgemeinen gesehen, besteht nunmehr die Gefahr, dass der deutsche Raum an der Elbe in zwei Teile geteilt wird, für uns kann es aber nur eine Aufgabe geben, die Einheit des deutschen Raumes zu wahren". (17.03.1946).

Zur Rolle der SPD und KPD in den westlichen Besatzungszonen merkt Paul Jagenburg am 20. Oktober 1946 in einem Schreiben an Richard Scheringer an: "Ich war seit Anfang des Jahres hier Ratsherr. Oberbürgermeister kann ich nicht werden, weil ich nicht zur SPD gehöre. Gehörte ich zu dieser Partei, so hätte ich große Möglichkeiten. Selbst zugegeben, dass die SPD sich jetzt stärker sozialistisch gebärdet und vielleicht auch in ihrem gewerkschaftlichen und jugendlichen Teil ist, so habe ich doch nicht die Gewissheit, dass sie die Härte aufbringt, welche eines Tages nötig wäre. Die KPD hatte große Chancen. Sie hat sie bis jetzt verpasst. Zwei Aufgaben liegen vor ihr und vor uns: der Wiederaufbau und auf weite Sicht unsere soziale und nationale Befreiung. Aber es fehlt ihr an Mut, endlich diese Aufgaben in Angriff zu nehmen, ohne Rücksicht auf die Wünsche unseres östlichen Freundes. So macht sie Zugeständnisse an die Tagesforderungen, ohne die Endziele gleichzeitig herauszustellen, und erfüllt Wünsche, ohne an die Existenz unseres eigenen Volkes zu denken. Sie wiederholt die Fehler, die die SPD nach 1918 mit Rücksicht auf Frankreich gemacht hat, beginnend mit dem Schuldgeständnis (und das wollen Marxisten sein!) bis zur Demontage von Betrieben, die für uns einfach lebensnotwendig sind! Dazu öffnet sie leider nicht ihre Tore für die intelligenten Köpfe, die jetzt eingesehen haben, dass eine sozialistische Wirtschaft kommt, sondern stößt sie ab. Der Arbeiter und die Arbeiterschaft kann aus eigener Kraft nicht die Dinge meistern in Zukunft. Lenin und alle Führer der Bolschewistischen Partei waren keine Arbeiter!" (Jagenburg an Scheringer, 20.10.1946). Prognosen, die von der Realität eingeholt wurden. Das unverzichtbare Recht auf freie Gestaltung seines nationalen Lebens wurde wegen der Besetzung Deutschlands durch fremde Mächte eingeschränkt, wie es in dem ersten Grundgesetzentwurf vom Oktober 1948 hieß. Er schloss ab mit der Forderung, „in gemeinsamer Entscheidung und Verantwortung die Ordnung seiner nationalen Einheit und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland zu vollenden“. Eine Aufforderung, die 41 Jahre später sich erfüllen sollte und doch viele Geburtsfehler hinterließ. „Getragen vom Vertrauen und bewegt von der Hoffnung aller Deutschen“, diese Überschrift der Präambel des unterdrückten Grundgesetzentwurfes von 1948 bleibt vorläufig eine Utopie.[1]

Jörg Wollenberg

[1] Siehe Jörg Wollenberg (Hrsg.): Von der Hoffnung aller Deutschen. Wie die BRD entstand. 1945 bis 1949, PapyRossa Verlag, Köln 1991 - mit Beiträgen von Widerstandskämpfern und Leuten des Exils wie Arno Behrisch, Walter Dirks, Walter Fabian, Ossip Flechtheim, Walter Grab, Bert Engelmann, Hermann Kesten, Jürgen Kuczynski, Robert M.W. Kempner, Anna Seghers u.a.

Datenbank
zu Gräbern und Ehrenmalen russischer und sowjetischer Toter des Ersten und Zweiten Weltkrieges in Deutschland (Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst[1])

Am 24. April 2015 fand in der Botschaft der Russischen Föderation in Berlin eine Veranstaltung statt, die in den Medien kaum Aufmerksamkeit erregte, jedoch einen beachtlichen Stellenwert in der Erinnerungskultur an die Opfer des Zweiten Weltkrieges einnimmt: die Präsentation und Onlineschaltung der Datenbank sowjetische Gräber und Memoriale in Deutschland.

Dieser Stellenwert ist dem hohen Blutzoll geschuldet, den das sowjetische Volk und seine Rote Armee im Kampf gegen den faschistischen Aggressor zahlte, aber auch der Tatsache, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in Deutschland, eine der größten Opfergruppen des Krieges, de facto in der öffentlichen Wahrnehmung und Anerkennung zumeist vergessen wurden.[2]

Das gemeinsame Projekt des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst und des Büros für Kriegsgräberfürsorge und Gedenkarbeit in der Botschaft der Russischen Föderation – „Sowjetische Grabstätten und Ehrenmale in Deutschland“ – wurde im Jahre 2012 mit dem Ziel in Angriff genommen, bundesweit alle Grabstätten und Denkmale zu erfassen, die sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und gefallenen Angehörigen der Roten Armee zur letzte Ruhestätte wurden bzw. zum Gedenken an sie errichtet wurden.[3] Das Projekt fand finanzielle

[1] Das Museum befindet sich an jenem Ort, an dem am 8. Mai 1945 die endgültige Kapitulation der deutschen Wehrmacht erfolgte, und damit der Zweite Weltkrieg in Europa sein Ende fand.
Das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst (Zwieseler Str. 4, 10318 Berlin) ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Eintritt frei. Näher Informationen unter www.museum-karlshorst.de.

[2] Zum Umgang mit den Opfern des faschistischen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion – insbesondere den Kriegsgefangenen – in der bundesdeutschen Wirklichkeit in Vergangenheit und Gegenwart siehe *Jan Korte: Die vergessenen Opfer: Sowjetische Kriegsgefangene. Höchste Zeit für ihre Anerkennung und Entschädigung. In: Standpunkte, 08 / 2015, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung*. Als pdf-Datei downloadbar unter http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_08-2015.pdf.

[3] Als eine erste Bestandsaufnahme sowjetischer Ehrenmale und Grabanlagen in Deutschland kann die Publikation *Sowjetische Gräberstätten und Ehrenmale in Ostdeutschland heute, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Sowjetische Gräber und Ehrenmale in Deutschland, Wostok Verlag, Berlin 2005, 192 S. Abb.* (ISBN 3-932916-31-X) betrachtet werden. Verwiesen sei ferner auf den Aufsatz des Historikers *Alexander Haritonow: Forschungen über Grabstätten sowjetischer Bürger auf deutschem Boden. In: Brunner, Detlev / Scherstjanoi, Elke (Hrsg.): Moskaus Spuren in Ostdeutschland 1945 bis 1949. Aktenerschließung und Forschungspläne (= Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 22), Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston 2015, S. 121-127.* (ISBN 978-3-11-040253-7). Weitere Informationen finden sich auf der Homepage der Dokumentationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenkstätten – http://www.dokst.de/main/content/Datenbanken/datenbanken (gesehen 20.08.2015).

Förderung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und wurde durch viele Einzelpersonen und Kooperationspartner unterstützt.

Im Nachgang zum *Zwei-plus-Vier-Vertrag*, der am 15. März 1991 in Kraft trat und das Ende der Nachkriegszeit markierte, schuf das *Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über Kriegsgräberfürsorge in der Bundesrepublik Deutschland und in der Russischen Föderation* endgültige Regelungen für den Umgang mit den Kriegstoten des I. und II. Weltkriegs sowie zur Erhaltung und Pflege der Kriegsgräber der Vertragsparteien im jeweils anderen Staat.[4]

Im Sinne des Artikels 2, Lit. d) – „russische Kriegstote“ – des *Abkommen*s wurden in der Datenbank folgende Personen erfasst: Mitglieder der russischen und sowjetischen Streitkräfte, die im Zusammenhang mit den beiden Weltkriegen auf deutschem Boden gefallen sind; Russen, die während der deutschen Kriegsgefangenschaft oder an deren Folgen bis zum 31. März 1952 gestorben sind; Russen, die in der Zeit vom 1. September 1939 bis 8. Mai 1945 in deutschen Internierungslagern gestorben sind; Russen, die in der Zeit vom 1. September 1939 bis zum 8. Mai 1945 zur Leistung von Arbeiten nach Deutschland verschleppt oder in diesem Gebiet gegen ihren Willen festgehalten wurden und während dieser Zeit gestorben sind; Russen, die von einer anerkannten internationalen Flüchtlingsorganisation in Sammellagern betreut wurden und dort oder nach Überführung in eine Krankenanstalt in der Zeit vom 09. Mai 1945 bis 30. Juni 1950 gestorben sind.[5]

Insgesamt sind in der Datenbank lt. Mitteilung des Deutsch-Russischen Museums derzeit bundesweit 4.102 Standorte erfasst, davon 645 Grabstätten aus dem I. Weltkrieg. Eine sukzessive Fortschreibung der Datenbank ist vorgesehen.

Auf der Website des Büros für Kriegsgräberfürsorge und Gedenkarbeit in der Botschaft der Russischen Föderation finden sich folgende allgemeine Informationen: In Deutschland sind > 658.000 russische/sowjetische Bürger bestattet; davon sind 155.455 namentlich bekannt und > 503.000 wurden anonym begraben. Auf dem Gebiet der neuen Bundesländer ruhen > 323.000 sowjetische Bürger auf 841 Friedhöfen (2.100 russische Kriegsgefangene aus dem I. Weltkrieg - 16 Grabstätten; > 300.000 sowjetische Soldaten aus dem

---

[4] Das Gesetz zu dem Abkommen vom 16. Dezember 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über Kriegsgräberfürsorge vom 6. Mai 1994 sowie der Text des am 16. Dezember 1992 in Moskau unterzeichneten Abkommens selbst sind nachzulesen In: Bundesgesetzblatt, Jg. 1994, Teil II, Nr. 20 vom 18.05.1994, S. 598 ff; Bundesgesetzblatt online siehe http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=%2F%2F*[%40attr_id%3D%27bgbl294s0598.pdf%27]#__bgbl__%2F%2F*[%40attr_id%3D%27bgbl294s0598.pdf%27]__1440085524035 (gesehen 05.08.2015)

[5] Ebenda, S. 600.

II. Weltkrieg - 825 Grabstätten; etwa 17.000 sowjetische Soldaten der nach Kriegsende in Deutschland stationierten Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte und deren Familienangehörige). Auf dem Territorium der alten Bundesländer ruhen > 335.000 sowjetische Bürger auf 3.244 Friedhöfen (> 13.000 russische Kriegsgefangene aus dem I. Weltkrieg - 629 Grabstätten: > 323.000 sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus dem II. Weltkrieg - 2.615 Grabstätten). Die größten Anlagen mit sowjetischen Kriegstoten befinden sich in Stukenbrock-Senne (ca. 65.000), Bergen-Belsen (ca. 50.000) Zeithain/Sa. (ca. 30.000), Berlin-Pankow (ca. 13.000).[6]

Hinter diesen Zahlen stehen schreckliche Einzelschicksale!

Die Datenbank „Sowjetische Grabstätten und Ehrenmale in Deutschland“ ist unter www.sowjetische-memoriale.de abrufbar. Sie besteht aus einer interaktiven Karte und einer nach Bundesländern geordneten Übersicht. Dem Nutzer werden zu den Einträgen Einzelheiten wie Ortsangabe mit Lageskizze, Beschreibung der Anlage, Ansprechpartner, weitere Grabstätten im Umkreis, Fotos soweit vorhanden, übermittelt. Über eine Suchmaske ist darüber hinaus eine Detailsuche möglich. Zur Komplettierung der Datenbank bitten die Herausgeber auf ihrer Homepage um weiteren Informationen und Korrekturen über russische/sowjetische Grabstätten und Ehrenmale sowie Fotos.

Die Datenbank ist die umfangreichste ihrer Art. Nach Mitteilung des 1. Botschaftssekretärs, Wladimir V. Kukin, wird eine identische Version in russischer Sprache erstellt. Eine Personensuche und damit die Möglichkeit, den Toten einen Namen zu geben, ist z.Z. nicht möglich, eine Ergänzung der Datenbank durch Namenslisten der Toten erwünscht.

Bereits 2014 wurde die damals nur im Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlshorst einsehbare Datenbank auf einer Internationalen Museumsmesse in Moskau (Международный фестиваль музеев "ИНТЕРМУЗЕЙ-2014") präsentiert und erhielt im Rahmen eines Wettbewerbs eine Anerkennung der Jury.[7] Nicht unerwähnt sollen jene Akteure bleiben, die mit großem Engagement wesentlichen Anteil an der Erarbeitung der Datenbank tragen: Dr. Lutz Prieß und Sebastian Kindler (Deutsch-Russisches Museum) und Wladimir W. Kukin (Büro für Kriegsgräberfürsorge und Gedenkarbeit an der Botschaft der Russischen Föderation).

Das Projekt „Sowjetische Grabstätten und Ehrenmale in Deutschland“ ist ein hervorragendes Beispiel deutsch-russischer Zusammenarbeit im humanitären Bereich und für Historiker, gesellschaftliche Institutionen und Angehörige der Toten bedeutsam.

Birgid Leske

[6] http://russische-botschaft.de/de/embassy/buro-fur-kriegsgraberfursorge-und-gedenkarbeit/ (gesehen 05.08.2015).

[7] Von Dr. Lutz Prieß und Sebastian Kindler, M.A., unterzeichnetes Rundschreiben des Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst an die Förderer des Projekts vom Juli 2014.

Archive und Bibliotheken

Erschließungsarbeiten, Internetpräsentation und Bestandszugänge der SAPMO (BArch)

Über den generellen Stand der Erschließungsarbeiten wurde in Nr. 46 der „Mitteilungen“ ausführlich berichtet. Diesen aktualisierend, konnte auf der 25. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung berichtet werden, dass mittlerweile etwa 68 Prozent der Unterlagen erschlossen und zugänglich sind. Von den Schriftgutbeständen stehen 379.452 Akteneinheiten den Benutzern online zur Verfügung. Hingegen sind die Sammlungsbestände erst zu knapp 15 Prozent erschlossen. Die Tonträgerbestände sind zwar komplett verzeichnet, aber erst zu 5 Prozent digitalisiert. Anders die Plakatbestände, deren Erschließung nahezu vollständig erfolgt ist, und die Bildbestände, die zu zwei Dritteln bearbeitet sind. Vollständig geordnet und erschlossen ist nunmehr die Fotosammlung zum Kulturbund, zusammengeführt wurden die Fotosammlung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) und des Zentralen Hauses der DSF. Der aktuelle Umfang der Stiftungsbestände hat sich nur geringfügig verändert und belief sich zum Zeitpunkt der Abfassung des Berichtes auf 11.473 lfm. Archivgutbestände und auf 33.345 lfm. Bibliotheksbestände (ca. 1,7 Mio. Bände).

Die Schriftguterschließung ist weiter fortgeschritten, wobei 8.500 Akten abschließend bearbeitet und 5.500 Akten archivwürdig bewertet wurden. Inhaltlich betrifft dies vor allem die Bestände DY 6 Nationale Front und DY 34 Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Komplett erschlossen ist nunmehr das Schriftgut der Abteilung Bauwesen im ZK der SED, das u.a. über das Wohnungsbauprogramm, über Bauinvestitionen in der Energiewirtschaft, der chemischen Industrie und zum Jugendobjekt „Drushba-Trasse“ Auskunft gibt. Verzeichnet wurden weitere Teile des Bestandes der Abteilung Gesundheitspolitik im ZK der SED sowie der größte Teil des Bestandes DY 30 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Begonnen wurde mit der Bewertung und Erschließung des Schriftgutes der Abteilung Grundstoffindustrie im ZK der SED. Ergänzungen und Einarbeitungen erfolgten bei den Beständen DY 24 Freie Deutsche Jugend – besonders die Westarbeit und die Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ betreffend –, DY 26 Verlag „Junge Welt“ und DY 19 Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Aus Privathand gelangte der Bestand BY12 Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung in die Stiftung.

Im Bereich der Nachlässe (bzw. Vorlässe) gingen Materialergänzungen ein zu Detlev und Vera Blanke, Ursel Ertel-Hochmuth, Heinrich Gemkow, Helga Hörz, Karl-Heinz Jahnke, Werner Lamberz, Karl-Heinz Schulmeister, Fred

Stempel und Gunnar Winkler. Zu den neu übernommenen Nachlässen gehören Hermann Schirmer, Hanna Tomkins, Friedel Trappen und Ursula Suhling. Die Nachlässe Ernst Wollweber sowie Robert und Gertrud Leibbrand wurden abschließend bearbeitet und in Online-Findbüchern verzeichnet. Besondere Erwähnung verdient, dass die zu unterschiedlichen Zeiten ins Archiv gelangten Überlieferungen von Jacob und Hertha Walcher nunmehr zusammengeführt wurden und in einem Online-Findbuch recherchierbar sind. Hier finden sich Schriftstücke aus den Jahren 1910 bis 1990, darunter Korrespondenzen mit Willy Brandt, Fritz Lamm und Boris Goldberg.

Spiegelt sich in diesen Arbeitsergebnissen der Stiftung der Fortgang der langfristig angelegten Tätigkeiten wider, so besteht die wesentliche, auch für Benutzer gravierende Neuerung darin, dass die Bestandsinformationen und Digitalisate schrittweise in die Rechercheplattform invenio integriert werden. In dieser werden Erschließungsinformationen im 72-Stunden-Rhythmus automatisiert aktualisiert, so dass sie online recherchierbar sind. Auf dieser Plattform (https//invenio.bundesrarchiv.de) können die Benutzer auf Merkzetteln für sie relevante Aktentitel einspeichern und Bestellungen vornehmen. Doch auch die Rechercheplattform ARGUS (www.argus.bstu.bundesarchiv.de) wird weiterhin zur Verfügung stehen, gepflegt und aktualisiert werden, nunmehr in gemeinsamer Nutzung von Bundesarchiv und BStU (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik).

Für die Bibliothek bleibt neben der Erwerbung und Einarbeitung neuer Literatur (eingearbeitete Neuerwerbungen 2014 – 6.146 Bände) die Konversion der konventionellen Zettelkataloge in den Online-Katalog eine zentrale Aufgabe. Die Benutzer werden es gewiss begrüßen, dass seit 2013 auch freizugängliche Inhaltsverzeichnisse für deutschsprachige Publikationen in die Erschließung integriert werden. Etwa 8.000 Inhaltsverzeichnisse sind bereits verfügbar. Von der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurden der Bibliothek Mittel zugewiesen, die es ihr ermöglichen, den Erwerb nichtkonventioneller Literatur der Parteien und Organisationen in Nord- und Osteuropa fortzusetzen.

Als inhaltliche Schwerpunkte der Benutzung zeichneten sich ab: Geschichte des Deutschen Reiches, NS-Zeit und faschistische Organisationen, Judenverfolgung und Holocaust, Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung, antifaschistischer Widerstand in Berlin, Geschichte der DDR, hier vor allem die Bildungspolitik, die Jugendpolitik, die Frauenpolitik, Gesundheitswesen und Landwirtschaft.

Günter Benser

Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Italien

Die italienische Arbeiterbewegung nimmt innerhalb der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung sicherlich eine außergewöhnliche Stellung ein. Der Anarchismus und Syndikalismus in der frühen Phase Ende des 19. Jahrhunderts, die Rätebewegung von 1919 und 1920, die Partisanenbewegung im Zweiten Weltkrieg und die herausragende Rolle der Kommunistischen Partei Italiens innerhalb des westlichen Kommunismus, schließlich die Streikbewegungen und sozialen Revolten in den 1960er und 1970er Jahren – es gibt eine Bandbreite an Themen und historischen Ereignissen, die auch das Interesse von Historikern und Historikerinnen aus anderen Ländern verdient haben. Dem zu Gute kommt ein in jüngerer Zeit gewachsenes Interesse und entsprechende Bemühungen an der Sammlung und Konservierung des historischen Erbes der italienischen Arbeiterbewegung auf nationaler und lokaler Ebene. Die für den Außenstehenden dennoch verwirrende Vielfalt an entsprechenden Trägern und Institutionen auf den unterschiedlichsten Ebenen macht einen Einstieg zunächst jedoch oft schwierig. Im Folgenden wird daher ein kurzer Überblick über die italienischen Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung gegeben. Der Autor hat selbst ein Jahr in Italien zu den Streikbewegungen in den 1960er und 1970er Jahren geforscht. Es werden jedoch auch die Bestände zu früheren Zeiträumen berücksichtigt und einige weiterführende Literaturhinweise gegeben.

Zunächst möchte ich dabei vier Typen von Institutionen unterscheiden, die für die Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Italien relevant sind. Dazu gehören die verschiedenen staatlichen Archive, angefangen mit dem Archivio centralo dello stato (staatliches Zentralarchiv) in Rom, in welchem sich die Berichte der Präfekten, Ministerien und der Sicherheitskräfte über Streiks, Unruhen, aber auch verschiedene Organisationen und Gruppierungen aus der Arbeiterbewegung im Bestand des Innenministeriums finden. Zu den staatlichen Archiven gehören auch das Archiv der Deputiertenkammer und des Senats mit Parlamentsdebatten zu Gesetzesvorhaben und Berichten von Untersuchungskommissionen, welche Fragen der sozialen Fürsorge oder bestimmte Ereignisse behandeln, sowie die Archive der örtlichen Gerichte, wo die Gerichtsakten zu verschiedenen Arbeitskämpfen aufbewahrt sind. Die staatlichen Archive sind insbesondere für die Anfangsphase der italienischen Arbeiterbewegung und die Zeit des Faschismus relevant, Zeitabschnitte, aus denen wenig eigene Quellen überliefert sind, oder diese zerstört wurden.

Eine besondere Rolle nehmen auch die politischen Parteien ein, die eng mit der Entstehung und Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung verbunden waren, insbesondere die Sozialistische und die Kommunistische Partei. Für die Erstere sieht die Überlieferung jedoch eher schlecht aus. So gut wie

alle Dokumente wurden während der faschistischen Überfälle auf die Parteizentrale und ihre lokalen Ableger Anfang der 1920er Jahre zerstört. Hinzu kommt eine in den italienischen Parteien weitverbreitete Eigenart der politischen Führungspersönlichkeiten, offizielle Dokumente nach dem Ende ihres Mandates mitzunehmen, auch solche der Leitungsgremien, so dass diese oftmals über zahlreiche Privatarchive und Bestände verstreut sind. Dadurch gibt es für die 1892 gegründete Sozialistische Partei so gut wie gar keine Bestände, welche die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg betreffen, diejenigen für die Zeit danach sind ebenfalls lückenhaft. Sie finden sich im Archiv der Fondazione Filippo Turati in Florenz, die in letzter Zeit versucht, den Bestand durch Dokumente aus Privatnachlässen und kleineren lokalen Einrichtungen zu vervollständigen.

Sehr viel besser sieht es hier bei der 1921 gegründeten Kommunistischen Partei aus, die als einzige Partei in Italien einen für den gesamten Zeitraum ihrer Existenz überlieferten Bestand der nationalen Direktion und ihrer Untergliederungen aufweist. Dies liegt einerseits daran, dass die eigenen Dokumente bis 1943 an die Komintern nach Moskau weitervermittelt wurden und daher auch für die Untergrundzeit während des Faschismus überliefert sind. Zum anderen hatte die Partei eine von Beginn an andere Konservierungs- und Archivierungskultur, in welcher die persönliche Mitnahme von offiziellen Dokumenten als Schädigung der kollektiven Erinnerung betrachtet wurde. Der Bestand findet sich im Archiv der Fondazione Istituto Gramsci in Rom. Hier finden sich ebenfalls Bestände zu kleineren linken Parteien und Gruppen – insbesondere aus den 1960er und 1970er Jahren. Daneben existiert eine Reihe von Archiven der lokalen Strukturen, allerdings hauptsächlich dort, wo die Kommunistische Partei sehr stark gewesen ist, wie in der Emilia Romagna und der Toskana, weniger im Süden Italiens.

Einen zentralen Stellenwert besitzen sicherlich die Quellen und Dokumente aus den Gewerkschaftsarchiven. Dabei ist jedoch der besondere Aufbau der italienischen Gewerkschaftsorganisationen zu berücksichtigen. Es wird in horizontale Strukturen unterschieden, die Camere del lavoro (Arbeitskammern), welche – ursprünglich den französischen bourse du travail nachempfunden – die ältesten berufsübergreifenden Gewerkschaftsstrukturen auf lokaler Ebene in Italien darstellen, und in vertikale Strukturen, den Föderationen für die einzelnen Berufszweige und Sektoren, ähnlich den deutschen Branchengewerkschaften. Als Letztes traten hier Anfang des 20. Jahrhunderts die Dachverbände hinzu, welche sowohl die horizontale als auch vertikale Ebene, die egalitäre und die berufsständische, umfassten und integrierten. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass die italienische Gewerkschaftsbewegung sehr stark durch die Existenz politischer Richtungsgewerkschaften geprägt ist. Die Dachverbände übernahmen neben der Integration der verschiedenen Ebenen daher auch die Funktion der politisch-kulturellen Identitätsbildung und Repräsen-

tation. Die drei größten Dachverbände sind die ehemals kommunistisch-sozialistische CGIL, die in der Tradition der katholischen Arbeiterbewegung stehende CISL und die sozialdemokratisch-republikanische UIL. Daneben existieren außer der neofaschistischen UGL (ehemals CISNAL) seit den 1980er Jahren auch eine Reihe von Basisgewerkschaften (COBAS, CUB, USB). Alle diese Verbände und ihre Instanzen sind dabei potenzielle Produzenten von Quellen und Dokumenten. Faktisch schränkt sich das jedoch durch die Überlieferung und die Archivpolitik sehr ein. Generell gilt für die Gewerkschaften, was bereits zur Sozialistischen Partei gesagt worden ist: Viele offizielle Dokumente sind über zahlreiche Privatnachlässe und Archive verteilt, große Teile der Überlieferung wurden während der faschistischen Machtergreifung und des Zweiten Weltkriegs zerstört. Hinzu kommt, dass die italienische Gewerkschaftsbewegung bis Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts einen sehr prekären Stand hatte, mit stark schwankenden Mitgliederzahlen und einem sehr dünnen hauptamtlichen Apparat. Erst mit Einsetzen der Streikbewegungen ab den 1960er Jahren und einer dauerhafteren Konsolidierung der Organisationen in den 1970er Jahren drängte auch das Problem der Überlieferung und Archivierung auf die Tagesordnung. Mittlerweile gibt es hierzu mehrere nationale und lokale Einrichtungen, die in den letzten Jahren, auch mithilfe der staatlichen Institutionen für das Archiv- und Bibliothekswesen, ein gewisses professionelles Niveau erreicht haben.

Zu nennen wäre vor allem das nationale Gewerkschaftsarchiv der CGIL (L'archivio storico CGIL nazionale) in Rom mit dem Bestand der Leitungsgremien und wichtigsten Organe des Dachverbandes sowie einigen Nachlässen ihrer historischen Führungspersönlichkeiten, der zudem über ein eigenes Online-Inventar einsehbar ist. Auch die UIL hat in Rom ihr nationales Archiv, welches die Bestände von zahlreichen Föderationen und lokalen Strukturen enthält. Das nationale Archiv der CISL befindet sich zurzeit im Umzug nach Florenz; Teile des Bestandes der Führungsgremien bis 1959 liegen jedoch in der Fondazione Giulio Pastore in Rom, u.a. der Briefwechsel des katholischen Gründungsvorsitzenden. In Rom befinden sich auch die nationalen Archive einiger wichtiger Föderationen – u.a. der Metall- und Chemiegewerkschaften der CGIL und CISL.

Neben den nationalen Archiven gibt es auch einige lokale Einrichtungen von Bedeutung, so vor allem in den traditionellen industriellen Zentren des Nordens wie Turin und Mailand. Insbesondere zu nennen wäre hier die Fondazione Vera Nocentini der CISL in Turin, die auch Bestände zu den nationalen Gewerkschaften enthält, und das Archivio del Lavoro der CGIL in Mailand. Daneben bemühen sich in letzter Zeit zahlreiche kleinere lokale Strukturen, ihre Bestände bei ebenfalls lokal angesiedelten kulturellen Einrichtungen und Institutionen unterzubringen. Dies geschieht nicht nur aus Ressourcenknappheit, sondern verläuft auch parallel zu einem Trend in der italienischen Ge-

schichtswissenschaft, die „Geschichte der Arbeit“, wie diese seit jüngerer Zeit bezeichnet wird (Storia del lavoro in Anlehnung an die angelsächsische Labour history), über die Organisationsgeschichte hinaus in ihren kulturellen Aspekten und vor allem als Teil eines lokalen sozialen und politischen Kontextes zu untersuchen.

Damit wäre auch der letzte wichtige Typus von Archiven genannt, die zahlreichen kulturellen Einrichtungen und Institutionen auf lokaler Ebene sowie die Archive der sozialen Bewegungen, die oftmals nicht nur die Bestände von zahlreichen Einzelpersönlichkeiten und Aktivisten aus der italienischen Arbeiterbewegung enthalten, sondern auch Dokumente kleinerer Gruppen und Parteien außerhalb der großen Organisationen, die gerade für die bewegte Zeit ab den 1960er Jahren wichtig für das Verständnis der Ereignisse und Entwicklungen sind. Zu diesen gehören die weitverzweigten Institute zur Geschichte der Resistenza, der Partisanenbewegung im Zweiten Weltkrieg, die sich vielerorts auch der lokalen und regionalen Zeitgeschichte widmen. Insbesondere im Süden sind sie eine wichtige Anlaufstelle, da hier das Netz aus privaten Archiven, auch der großen Parteien und Gewerkschaften, äußerst dünn geknüpft ist. Die genannten Einrichtungen, aber auch viele der Gewerkschaftsarchive und Institutionen, besitzen häufig neben schriftlichen Quellen einen umfangreichen Fundus an Ton- und Bildmaterial, dessen Aufarbeitung und Nutzbarmachung sich gerade in letzter Zeit mit vermehrtem Interesse gewidmet wird. Zudem enthalten sie umfangreiche Bibliotheken und Zeitschriftenbestände zur Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung. Seit 2003 werden ebenfalls im Rahmen eines Projektes beim Senat zahlreiche Dokumente, vor allem aus den Leitungsgremien der nationalen Dachverbände, digitalisiert und online gestellt.

Dietmar Lange[1]

Die Tamiment Library & Robert F. Wagner Labor Archives: Gedächtnis der Arbeiterparteien und sozialen Bewegungen der USA

Die Arbeiterbewegung der USA hat in den vergangen zwei bis drei Jahrzehnten einen enormen Verlust an politischer Bedeutung hinnehmen müssen. Wenig weist heute noch darauf hin, dass die Vereinigten Staaten im 19. und frühen 20. Jahrhundert über eine der agilsten und buntesten Arbeiterbewegungen der industriellen Welt verfügten. Die junge amerikanische Arbeiterschaft kämpfte erbittert für die Einführung eines achtstündigen Normalarbeitstages,

[1] Der Autor des Beitrags ist Doktorand der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

für die Aufhebung gesetzlicher Koalitionsbeschränkungen, für größere ökonomische Teilhabe und die Mitbestimmung in Betrieb und Gesellschaft. Ereignisse und Zusammenstöße wie die berüchtigte Haymarket Affäre von Chicago, der erste Tag der Arbeit in New York City oder die großen Streiks und Massaker von Pullman, Ludlow oder Homestead haben sich tief in das kollektive Gedächtnis amerikanischer Arbeiterinnen und Arbeiter des frühen 20. Jahrhunderts eingebrannt. Der Umstand, dass inzwischen vieles davon diesseits wie jenseits des Atlantiks in Vergessenheit geraten ist, kann jedoch nicht auf einen Mangel an historischen Quellen oder Orten der Erschließung zurückgeführt werden. Vielmehr erfreuen sich die Vereinigten Staaten einer Vielzahl lokaler und regionaler Archive, die sich der Bewahrung von Zeugnissen der amerikanischen Arbeiterorganisierungen verpflichtet fühlen.[1] Während die großen staatlichen Archive der USA in Washington D.C. und College Park, Maryland, nur bedingt Zeugnisse der amerikanischen Arbeiterbewegung verwahren, sind es besonders die aus ehemaligen Gewerkschaften, Arbeiterparteien oder sozialen Bewegungen hervorgegangenen privaten Archive, die das historische Gedächtnis der US-amerikanischen Arbeiterschaft beherbergen. Eines der bedeutendsten Archive dieser Art, die Tamiment Library & Robert F. Wagner Labor Archives in New York City, soll im Folgenden vorgestellt werden.

Die Tamiment Library & Robert F. Wagner Labor Archives ist eines der größten Spezialarchive in den Vereinigten Staaten zur Geschichte der dortigen Arbeiterbewegung und politischen Linken. Wie der vollständige Name des Archivs bereits verdeutlicht, folgt deren organisatorischer Aufbau einer Zweiteilung. Während die Tamiment Library die Geschichte der sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Bewegungen und Parteien bewahrt, widmen sich die nach dem prominenten New Yorker Senator benannten Robert F. Wagner Labor Archives in erster Linie der Geschichte der amerikanischen Gewerkschaften. Für den/die Benutzer/In bleibt diese Zweiteilung jedoch weitgehend verborgen, da beide Teile im selben Katalog gelistet sind. Das im Herzen Manhattans untergebrachte Archiv selbst geht auf die Bibliothek der zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegründeten Rand School of Social Science zurück, einer der Socialist Labor Party des Staates New York nahestehende Institution zur Arbeiterbildung. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte sich die Bibliothek als einer der bedeutendsten Orte für die Dokumentation und Auseinandersetzung mit der Geschichte von Gewerkschaften und Arbeiterparteien in Nordamerika profiliert. Nachdem die Rand School aufgrund von Vorwürfen kommunistischer Subversion in der Nachkriegszeit ihre Arbeit einstellen musste, nahm sich schließlich die New York University

[1] Siehe dazu ausführlich Philipp Reick: US Labor Archives. Unbekanntes Terrain für die europäische Forschung. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 14. Jg., H. 2015/I, S. 140-143.

im Jahr 1963 der Restbestände der Bibliothek an. Fortan bemühte sich das Archiv nun unter neuem Dach um eine kontinuierliche Weiterentwicklung ihrer Bestände. Heute verfügt Tamiment über mehr als 80.000 Bücher, ca. 6.000 laufende Meter Archivmaterial und eine Fülle an Periodika von Untergrund- bis hin zu Parteizeitungen.[2]

Als ein Archiv der sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Arbeiterparteien zeichnet sich Tamiment nicht nur durch die große Anzahl schriftlicher Sammlungen, sondern gerade auch durch ihre „Non-Print Collections" aus, die von Fotos über Videos, Musikaufnahmen, Zeichnungen, Karikaturen, bis hin zu Tonbandaufnahmen mit Arbeiterinnen und Arbeitern reichen. Letztere sind in der „Oral History Collection" vereinigt, die hunderte von Interviews beinhalten. Besonders bemerkenswert sind die Aufnahmen aus den 1970er Jahren, in denen sich Aktivistinnen und Aktivisten an ihre Jugend in den 1920er und 1930er Jahren erinnern. Neben Erfahrungen wie Migration und politischer Repression kommt hier einmal mehr die Diversität der jungen Bewegung zum Ausdruck, die von fester Parteizugehörigkeit bis zu sporadischer Mitarbeit in lokalen Mieterausschüssen oder Erwerbslosengruppen reichte. Solche Erwerbslosengruppen etwa spielten in der Arbeiter- und Sozialgeschichte der Vereinigten Staaten eine herausragende Rolle. So waren es zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise gerade die organisierten Erwerbslosen, die die kommunalen wie staatlichen Administrationen erheblich unter Druck setzten.

Die drei folgenden Faksimiles aus den frühen 1930er Jahren verdeutlichen nicht nur die unterschiedlichen Strategien und Kämpfe von Erwerbslosen, sondern stehen exemplarisch für die Sammlungsbreite des Archivs. Abbildung 1 zeigt einen für die Zeit repräsentativen Aufruf einer New Yorker Gruppe junger Erwerbsloser. Gemeinsam fordern diese die Öffnung des kürzlich fertiggestellten Neubaus des YMCA Harlem für die obdach- und erwerblosen jungen Menschen der Nachbarschaft. Diese Form des selbstorganisierten Protests stellte eine wichtige Aktionsform der US-amerikanischen Erwerbslosenbewegung dar.[3]

[2] Für einen umfassenden Sammlungsüberblick der ehemaligen Leiterin des Archivs, siehe Dorothy Swanson: „The Tamiment Institute/Ben Josephson Library and Robert F. Wagner Labor Archives", The Library Quarterly: Information, Community, Policy, Jg. 59, H. 2, April 1989, S. 148-161.

[3] Siehe dazu ausführlich Philipp Reick: A Poor People's Movement? Erwerbslosenproteste in Berlin und New York in den frühen 1930-er Jahren. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 14. Jg., H. 2015/I, S. 20-36.

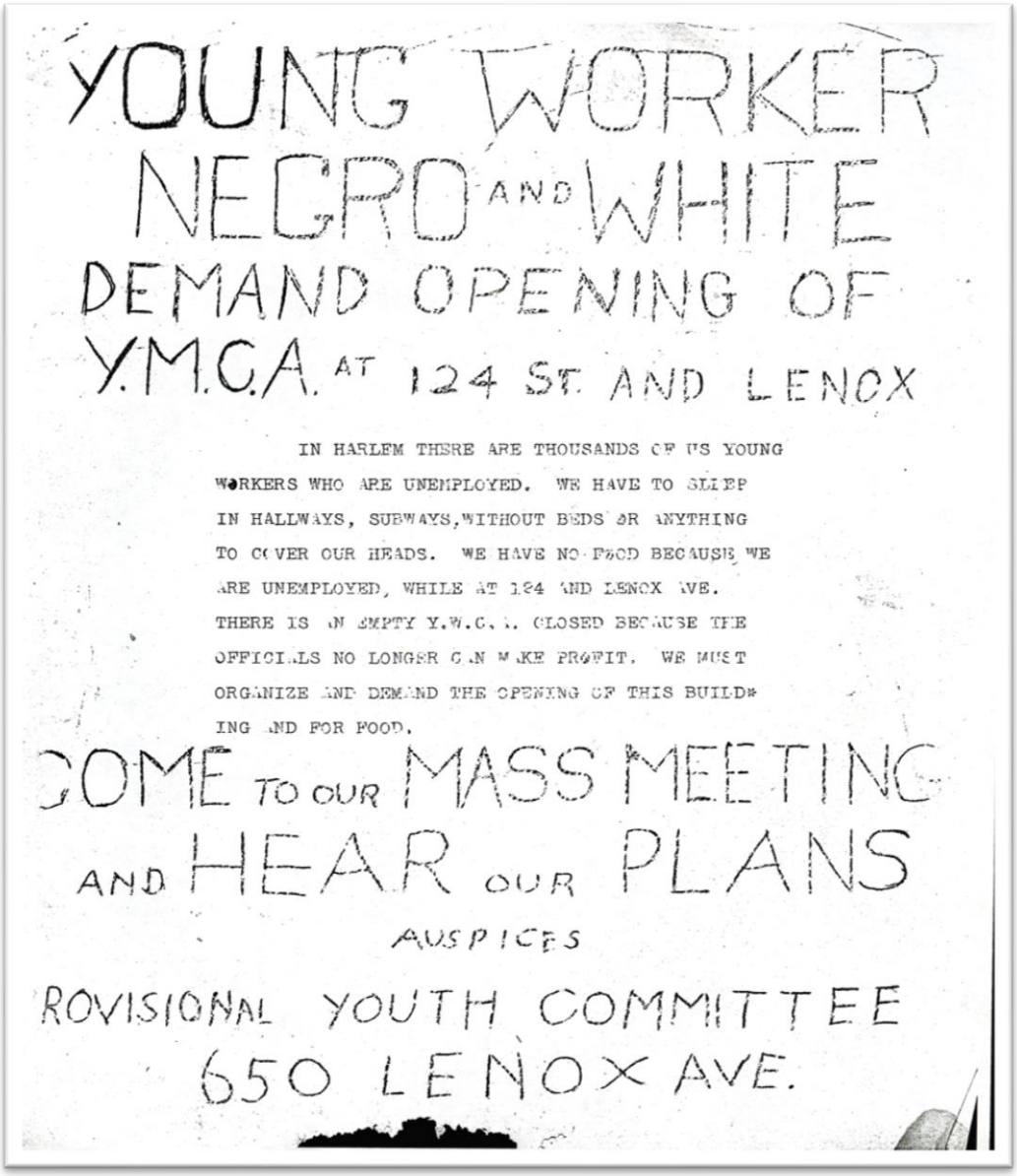
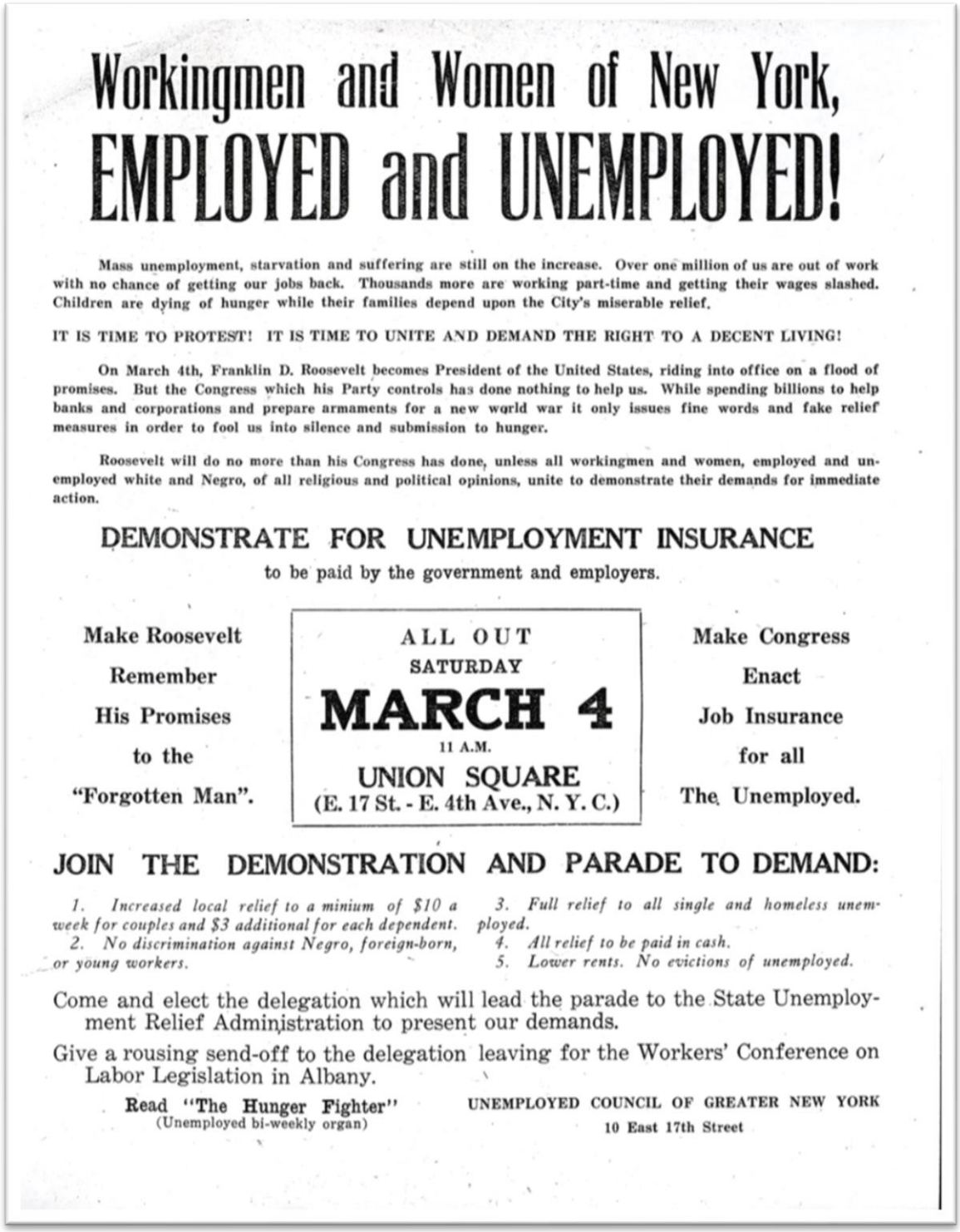


Abb. 1: TAM 240, Clarina Michelson Papers, Box 3, Folder 20. Laut Mitteilung der Tamiment Library handelt es sich um ein verwaistes Werk.

Neben solchen lokalen Forderungen an die Wohlfahrtsbehörden und -verbände entwickelten organisierte Erwerbslosengruppen aber auch Forderungen, die die bundes- und nationalstaatlichen Legislativen adressierten. So zeigt Abbildung 2 den Aufruf zu einer Demonstration am 4. März 1933, dem Tag der Amtseinführung Franklin D. Roosevelts. Letzterer, so der Aufruf, solle durch eine kraftvolle Kundgebung an seine Wahlversprechen erinnert werden. Die Einführung einer durch Staat und Arbeitgeber finanzierten Arbeitslosenversicherung stand dabei im Mittelpunkt der Forderungen.



Workingmen and Women of New York,
EMPLOYED and UNEMPLOYED!

Mass unemployment, starvation and suffering are still on the increase. Over one million of us are out of work with no chance of getting our jobs back. Thousands more are working part-time and getting their wages slashed. Children are dying of hunger while their families depend upon the City's miserable relief.

IT IS TIME TO PROTEST! IT IS TIME TO UNITE AND DEMAND THE RIGHT TO A DECENT LIVING!

On March 4th, Franklin D. Roosevelt becomes President of the United States, riding into office on a flood of promises. But the Congress which his Party controls has done nothing to help us. While spending billions to help banks and corporations and prepare armaments for a new world war it only issues fine words and fake relief measures in order to fool us into silence and submission to hunger.

Roosevelt will do no more than his Congress has done, unless all workingmen and women, employed and unemployed white and Negro, of all religious and political opinions, unite to demonstrate their demands for immediate action.

DEMONSTRATE FOR UNEMPLOYMENT INSURANCE

to be paid by the government and employers.

Make Roosevelt Remember His Promises to the "Forgotten Man".

ALL OUT
SATURDAY
MARCH 4
11 A.M.
UNION SQUARE
(E. 17 St. - E. 4th Ave., N. Y. C.)

Make Congress Enact Job Insurance for all The Unemployed.

JOIN THE DEMONSTRATION AND PARADE TO DEMAND:

1. Increased local relief to a minium of $10 a week for couples and $3 additional for each dependent.
2. No discrimination against Negro, foreign-born, or young workers.
3. Full relief to all single and homeless unemployed.
4. All relief to be paid in cash.
5. Lower rents. No evictions of unemployed.

Come and elect the delegation which will lead the parade to the State Unemployment Relief Administration to present our demands.

Give a rousing send-off to the delegation leaving for the Workers' Conference on Labor Legislation in Albany.

Read "The Hunger Fighter"
(Unemployed bi-weekly organ)

UNEMPLOYED COUNCIL OF GREATER NEW YORK
10 East 17th Street

Abb. 2: TAM 240, Clarina Michelson Papers, Box 3, Folder 20. Laut Mitteilung der Tamiment Library handelt es sich um ein verwaistes Werk.

Abbildung 3 gibt schließlich einen Eindruck von dem Grad an interner Organisierung der für die 1930er Jahre charakteristischen Erwerbslosenausschüsse. Das „Handbuch für Hunger-Kämpfer“ gibt detailliert Anweisungen über Aufbau und Taktik der rasch wachsenden Erwerbslosenausschüsse in den Städten und Regionen der von der Wirtschaftskrise schwer gezeichneten USA.

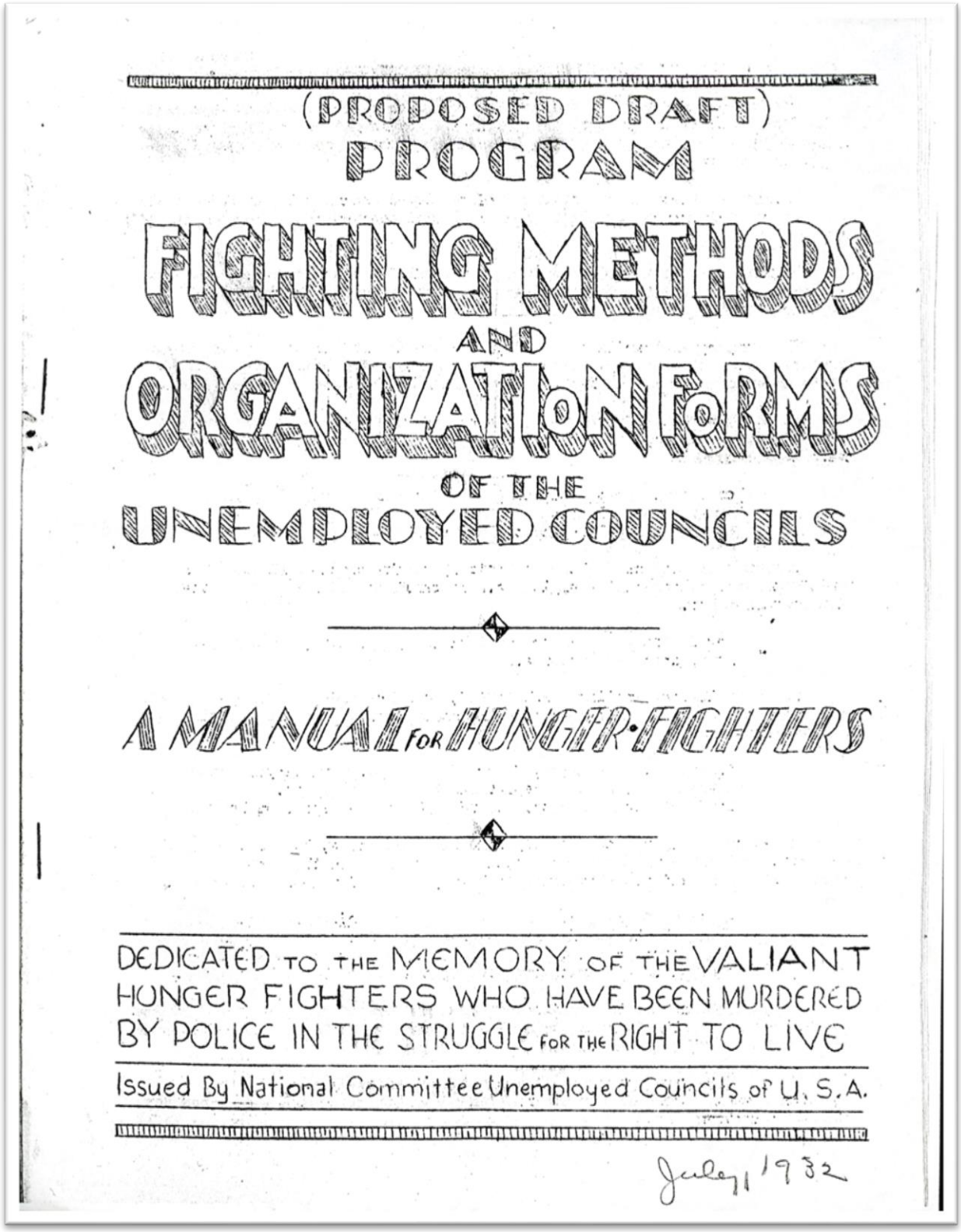

(PROPOSED DRAFT)
PROGRAM
FIGHTING METHODS
AND
ORGANIZATION FORMS
OF THE
UNEMPLOYED COUNCILS
A MANUAL FOR HUNGER-FIGHTERS
DEDICATED TO THE MEMORY OF THE VALIANT HUNGER FIGHTERS WHO HAVE BEEN MURDERED BY POLICE IN THE STRUGGLE FOR THE RIGHT TO LIVE
Issued By National Committee Unemployed Councils of U. S. A.
July 1932

Abb. 3: TAM 240, Clarina Michelson Papers, Box 3, Folder 20. Laut Mitteilung der Tamiment Library handelt es sich um ein verwaistes Werk.

Neben Sammlungen solcher und ähnlicher Protestbewegungen fungiert Tamiment als zentrales Gedächtnis der kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten (CPUSA). Bereits in den 1920er Jahren begannen Mitarbeiter – damals noch als Mitarbeiter der Bibliothek der oben erwähnten Rand School –

mit der umfangreichen Sammlung von kommunistischen Zeitungen, Magazinen und Ephemera wie Plakaten oder Flugblättern. Die aus dieser Zeit datierenden Bestände sind zusammen mit ähnlichen Druckerzeugnissen späterer Jahrzehnte in einer gesonderten „Pamphlet Collection“ der CPUSA als Mikrofilme einsehbar. Laut dem ehemaligen und inzwischen verstorbenen Direktor der Tamiment Library Michael Nash enthält diese Sammlung heute mehr als eine Million einzelner Archivstücke, die einmalige Einblicke in die Blüte- und Zerfallszeit der CPUSA geben. Durch Erwerb und Schenkung im Jahr 2006 verfügt Tamiment daneben über die kompletten Parteizeitungen sowie die internen Korrespondenzen und Protokollbücher, den Schriftverkehr mit der Komintern und ausländischen kommunistischen Parteien, sowie die Nachlässe führender Persönlichkeiten der CPUSA wie etwa der Generalsekretäre Earl Browder (1891-1973) oder William Z. Foster (1881-1961).
Seit dem Jahr 2000 beherbergt Tamiment zudem die Sammlungen des Abraham Lincoln Bataillons. Dieser Bestand enthält mehr als hundert Mikrofilme, die die Erfahrungen der amerikanischen Brigade im Spanischen Bürgerkrieg widergeben. Dabei enthält die Sammlung nicht nur Berichte, Einschätzungen und persönliche Briefe der Freiwilligen aus der aktiven Kampfzeit in Spanien in den 1930er Jahren, sondern dokumentiert auch die Repressionen, unter denen ehemalige Spanienkämpfer in den USA der Nachkriegsjahrzehnte litten. Von besonderer Bedeutung dürften hierbei die Erinnerungen der afroamerikanischen Veteranen sein, die sich sowohl rassistischen Anfeindungen als auch den politisch motivierten Verfolgungen der McCarthy-Ära ausgesetzt sahen. Die „Abraham Lincoln Brigade Collection“ gehört zweifelsfrei zu einem der archivarischen Schätze in der Tamiment Library. Schließlich verfügt Tamiment über eine der umfangreichsten Sammlungen der neuen sozialen Bewegungen seit den 1960er Jahren. Hier stechen besonders die Sammlungen zur Bürgerrechtsbewegung, zur Bewegung gegen den Vietnam-Krieg, zur feministischen Bewegung sowie zur radikalen Studentenbewegung hervor. Dank der ausgezeichneten Findmittel und einem engagierten und gut ausgebildeten Team vor Ort lassen sich hier – so wie auch in den anderen Beständen des Archivs – schnell Funde machen, die von Demonstrationsaufrufen bis zu Seminarplänen, von feministischen Kunstaktionen bis hin zu Diskussionsveranstaltungen der Friedensbewegung reichen.

Ein Wermutstropfen bleibt jedoch auch angesichts der Fülle und Breite an Sammlungen. Aufgrund der Geschichte des Archivs liegt der Sammlungsschwerpunkt ganz eindeutig auf dem 20. Jahrhundert. Anders als in europäischen Archiven der Arbeiterbewegung finden sich in Tamiment kaum Stücke aus der Frühphase der Bewegung. Wer sich für Dokumente aus der Zeit vor den 1890er Jahren interessiert, sei an die Archive der Historischen Gesellschaften der Bundesstaaten (etwa New Yorks oder Wisconsins) verwiesen. Trotz dieser Einschränkung sind die Tamiment Library & Robert F. Wagner

Labor Archives ein wichtiger Anlaufpunkt für Forschungen zur wechselhaften Geschichte der Arbeiterparteien und sozialen Bewegungen der USA.
Organisatorische Hinweise:
Die Tamiment Library & Robert F. Wagner Labor Archives befinden sich im 10. Stock der Elmer Holmes Bobst Library der New York University, 70 Washington Square South, New York, NY 10012.
Öffnungszeiten sind Montag bis Freitag von 10:00 Uhr bis 17:45 Uhr.
Telefonische Anfragen unter +1-212-998-2630.
Schriftliche Anfragen unter tamiment.wagner@library.nyu.edu.
Der Zugang zum Archiv und den Archivstücken ist jeder Person unabhängig der Nationalität offen und grundsätzlich kostenlos. Es bedarf der Erstellung eines Ausweises, mit dem sich auch die anderen Services der Universitätsbibliothek (einschließlich Internet-Zugang) nutzen lassen. Reproduktionskosten werden vor Ort ausgewiesen. Fotografien bedürfen der Erlaubnis, welche aber in der Regel problemlos erteilt wird. Online-Findmittel sowie weitere nützliche Informationen finden sich auch auf der Website des Instituts unter http://www.nyu.edu/library/bobst/research/tam/index.html.
Daneben existiert noch ein „online research guide“ unter
http://guides.nyu.edu/friendly.php?s=tamiment_guides.
Philipp Reick[4]

Erinnerungsbibliothek DDR e. V.

Mein Name ist Rolf Funda. Von Beruf bin ich Tierarzt. Ich bin 75 Jahre alt und wohne in Staßfurt.

Mein Leben kann man „sehr bewegt“ nennen: auf dem Dorf als Sohn eines Melkers groß geworden, nach dem Abitur beim Wachregiment und beim Personenschutz des MfS Dienst getan und anschließend ab 1962 Veterinärmedizin studiert. Nach Abschluss des Studiums war ich als Tierarzt in der Praxis und 20 Jahre als Kreistierarzt tätig, wurde 1990 entlassen und gründete mit anderen Betroffenen die „Initiative gegen Berufsverbote in der DDR“. Ab Ende war ich 1990 für vier Jahre für die PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt und danach neun Jahre ehrenamtlicher Bürgermeister von Löderburg, einem Dorf mit 3.500 Einwohnern. Gleichzeitig betreibe ich seit mehr als 20 Jahren eine Spezialpraxis für Taubenkrankheiten.

[4] Philipp Reick verteidigte am 19. August 2015 erfolgreich seine Promotion im Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin, wozu wir ihm herzlich gratulieren. Er war zuvor Doktorand am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der FU.

Das alles hat mich veranlasst, über dieses interessante abwechslungsreiche Leben für meine Enkel und Urenkel ein Buch zu schreiben. Sie sollen erfahren, wie es am Ende des Zweiten Weltkrieges und in den schweren Nachkriegsjahren war, wie ihr Opa mitgeholfen hat, an einem besseren Deutschland zu bauen, wie er mit Anderen zugelassen hat, dass seine Partei viele schwere Fehler begangen hat, wie die im Osten Entmachteten alles, aber auch alles unternommen haben, diesen „Unfall der Geschichte“ rückgängig zu machen. Und wie sie es am Ende mit unserer ungewollten tätigen Mithilfe geschafft haben. Ja und wie ich versucht habe, im jetzt „einigen Vaterland“ meinen Beitrag zu leisten.

Als ich Ende 2011 die Idee in die Welt gesetzt habe, solche Lebenserinnerungen zu sammeln, um sie für die Nachwelt zu erhalten, habe ich geradezu eine Lawine losgetreten. Bald wurde mir klar, dass ein Einzelner dieses Vorhaben allein gar nicht bewältigen kann, und so gründeten wir den Verein „Erinnerungsbibliothek DDR e.V.“. Inzwischen sind wir mehr als 100 Mitglieder, betreiben die Internetseite www.erinnerungsbibliothek-ddr.de und haben ca. 700 Bücher mit Lebenserinnerungen gesammelt. Dieser wertvolle Schatz soll, so unser Wunsch, im Bundesarchiv seine Heimat finden und in späterer Zeit davon künden, dass die DDR mehr war als Stasi, Mauer und Unrecht, dass hier Generationen fleißig gearbeitet haben für eine Gesellschaft ohne Armut und Wohnungslosigkeit, für ein Leben mit Vollbeschäftigung, Kultur, Bildung und Gesundheit für alle. Für ein Land, das keinen Krieg geführt hat und wo Solidarität groß geschrieben worden ist.

Da die Autoren nicht nur aufgeschrieben haben, wie schön und glatt alles war, sondern unsere vielen Probleme und auch Dummheiten aufgezeichnet haben, liegen vor uns absolut keine nostalgischen Bücher, sondern ein bunter Blumenstrauß gelebten Lebens mit all seinen Höhen und Tiefen.

Unsere Sammlung ist noch nicht abgeschlossen. Wir suchen weiterhin Bücher und möchten Sie aufrufen, Ihre Aufzeichnungen – falls Sie welche zu Papier gebracht haben – an uns zu schicken, oder sich hinzusetzen und über Ihr Leben zu schreiben. In 20 oder 30 Jahren ist es dafür vielleicht schon zu spät.

Rolf Funda

Unsere Kontaktadresse:
Erinnerungsbibliothek-DDR, Am Salzeck 6, 39418 Staßfurt
Tel.: 03925 - 300312; E-Mail: rolf_funda@web.de

Anmerkung der Redaktion:

Auf der Mitgliederversammlung des gemeinnützigen Vereins am 27. Mai 2015 in Berlin zogen die beiden Vorsitzenden, Herr Dr. Rolf Funda und Frau Dr. Rosemarie Werner, eine positive Bilanz[1]: Der Verein, so führten sie aus, wurde seinem satzungsmäßigen Zweck – der „Förderung von Kunst und Kultur“ – voll gerecht. Dazu heißt es in der Satzung: „Die Sammlung und Bewahrung von literarischen Zeugnissen aus verschiedensten Lebensbereichen, die von Zeitzeugen der DDR in persönlicher Erinnerung verfasst wurden, gleich ob in Buch- oder Manuskriptform, im Verlag oder Eigenverlag publiziert. Ziel des Vereins ist es, diese authentischen Quellen von zeithistorischem Wert für die Forschung zu erschließen und zu sichern.“[2]

Durch Presseberichte über die „Erinnerungsbibliothek DDR“ und lokale bzw. regionale Aktivitäten seiner Mitglieder – sie beteiligen sich an öffentlichen Lesungen oder publizieren Beiträge in thematischen Sammelbänden –, hat der Verein in den 3 ½ Jahren seines Bestehens bereits einen beachtlichen Bekanntheitsgrad erreicht. Dies zeigt sich u.a. darin, dass Verlage ihm kostenlos einschlägige Titel aus ihrem Verlagsprogramm zur Verfügung stellen.

Die Website des Vereins bietet eine alphabetische Autorensuche. Zu den in der Datei befindlichen Autoren finden sich weitestgehend folgende Angaben: kurze biografische Hinweise, Titelseite der Publikation, inhaltliche Schwerpunkte des Buches, Verlag, Jahr der Veröffentlichung, Umfang und – soweit vorhanden – ISBN-Nummer.

In die Sammlung aufgenommen wurden vorwiegend Bücher autobiografischen Charakters aber auch Sachberichte bzw. –publikationen einzelner Autoren und von Autorenkollektiven. In ihrer Gesamtheit vermittelt die „Erinnerungsbibliothek“ somit ein Mosaik der Lebenswirklichkeit in der DDR in ihren unterschiedlichen Facetten. Über das 40jährige Bestehen der DDR hinaus sind Einblicke in Kindheit und Jugend während der Jahre des Hitlerfaschismus und die gravierend veränderten Lebensumstände vieler DDR-Bürger mit der „Wende“ 1989/90 – bis in die Gegenwart – möglich.

[1] Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes sowie die Ausführungen von Frau Dr. Werner sind auf der Homepage des Vereins (http://www.erinnerungsbibliothek-ddr.de/aktuell.htm) zugänglich (gesehen 03.08.2015).

[2] Satzung des Vereins „Erinnerungsbibliothek DDR“, § 2 Abs. 1. Siehe http://www.erinnerungsbibliothek-ddr.de/satzung.pdf (gesehen 30.05.2015).

Besondere Zeitdokumente

Brief von Arthur Stadthagen an Rosa Luxemburg vom 25. Juni 1914 im Kontext des gegen sie geführten Prozesses wegen „Beleidigung des Offizierkorps“

Am 22. Mai 1914 erhielt Rosa Luxemburg eine Anklageschrift vom Berliner Landgericht II zugestellt, in der ihr mitgeteilt wurde, dass der preußische Kriegsminister von Falkenhayn einen Strafantrag gegen sie wegen Beleidigung des Offiziers- und Unteroffizierskorps gestellt habe. In Freiburg im Breisgau hatte die Sozialistin und Friedensaktivistin Rosa Luxemburg am 7. März 1914 auf einer Protestversammlung gegen ihre Verurteilung zu einem Jahr Gefängnis nach § 110 StGB wegen „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und gegen Anordnungen der Obrigkeit“ durch die 1. Strafkammer des Landgerichts in Frankfurt am Main an die Adresse der Herrschenden gesagt: „Wenn es Euch, Ihr Herrschaften, daran liegt, in Wirklichkeit das Vaterland zu verteidigen, so brauchte man dazu das heutige Militärsystem beileibe nicht; dazu brauchte man nicht eine zwei- bis dreijährige Dienstzeit, dazu brauchte man nicht den Kasernendrill, dazu brauchte man nicht das Niedertreten der Soldaten durch Misshandlungen.“[1] Im Fortgang ihrer aufrüttelnden und packenden Rede nannte sie bekanntermaßen einige besonders gravierende Fälle von Soldatenmisshandlungen, einige sogar mit Todesfolge, um dann zu schlussfolgern: „Es ist sicher eins von den unzähligen Dramen, die in deutschen Kasernen tagaus, tagein sich abspielen und wo nur selten das Stöhnen der Gepeinigten zu unseren Ohren dringt.“[2]

Diese schweren Vorwürfe an die Adresse des Militärs und seiner Führungsebenen forderte deren Parteigänger zu Gegenmaßnahmen auf. Sie versuchten, Rosa Luxemburg juristisch zu belangen; man wollte sie, wie sie selbst einschätzte, „niederhetzen mit Prozessen“.[3]

Da der Parteivorstand der SPD ihr nicht ausreichend den Rücken stärkte, wie sie an Paul Levi schrieb[4], beschlossen Rosa und ihre engsten Kampfgefährten, eine intensive Zeugensuche einzuleiten. Der Parteivorstand musste erst noch umgestimmt werden, da man auf die Arbeiterpresse angewiesen war. Als die anfängliche Skepsis der Mehrheit überwunden war, fiel die Resonanz sehr positiv aus. Wie Kurt Rosenfeld sich erinnerte, meldeten sich Tau-

[1] Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke (GW), Bd. 3, Dietz Verlag, Berlin 1978, S. 418.
[2] Ebenda, S. 419.
[3] Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg. Im Lebensrausch, trotz alledem. Eine Biographie, 2. Aufl., Aufbau Verlag, Berlin 2002, S. 452.
[4] Siehe ebenda, S. 450. Der Brief an Paul Levi (Mitte Mai 1914) ist veröffentlicht in den Gesammelten Briefen Rosa Luxemburgs (GB), Bd. 5, Dietz Verlag, Berlin 1987, S. 436 f.

sende von Betroffenen und Zeugen, so dass Rosa Luxemburg hinreichende und ungeheuerliche Beispiele für die Tagtäglichkeit von Gewalt gegen Soldaten für ihre Verteidigungsrede zur Verfügung hatte.

In diesem Kontext steht auch der Brief Arthur Stadthagens. Er befindet sich im Nachlass Paul Levis und ist im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung deponiert.

Im Wortlaut lesen wir:

„B. 25.6.14
Verehrte Genossin!
Genosse Ziechert theilte mir gestern mit, Sie möchten wissen wo die Brief-Ordre steht. Diese nebst der dazugehörigen habe ich am 4. August 1904 veröffentlicht. Die Ordre datiert vom 1.12.03, der Geheimerlaß, auf den sie Bezug nimmt, datiert vom 28.12.1899. Von Wichtigkeit für die Art der Misshandlungen und für deren Unausrottbarkeit ist vielleicht für Sie der Erlaß Georgs von Sachsen vom 8. Juni 1891. Er ist abgedruckt im Vorwärts vom 31. Januar 1892. Inzwischen wird Ihnen wohl schon mitgeteilt sein, daß Ihre Annahme irrtümlich ist, der „V“ bringe das allermeiste Material. Ueber 350 Meldungen sind an uns von R. gesendet, darunter fallen rund 50 Chemnitzer Fälle. Die Benutzung der Fälle müsste aus naheliegenden Gründen sicher vorsichtig erfolgen, damit nicht völlig unberechtigte, aber mögliche Anklagen gegen die Zeugen ergehen. Meiner Ueberzeugung nach wird das Gericht die Vernehmung der Zeugen ablehnen und entweder freisprechen oder unter Hineininterpretieren von allerlei Deutungen in Ihre Ausführungen verurteilen.
Na, gleichviel – vorwärts, durch!
Mit herzlichen Grüßen,
Ihr Arthur Stadthagen“[5]

Über den Genossen Ziechert und seine Rolle in der SPD Groß-Berlins konnte ich nichts ermitteln, ebenso wenig exakt, wer sich hinter dem Kürzel R. verbergen könnte. Vielleicht ist es Kurt Rosenfeld, der ja an der Unterstützung Rosa Luxemburgs durch die Sammlung von Fällen von Soldatenmisshandlungen einen großen Anteil besaß und ihr als Verteidiger zur Seite stand. Arthur Stadthagen selbst verwies in seinem Brief auf seinen „Vorwärts“-Artikel vom 4. August 1904. So zitierte aus dem Geheimerlass vom 28. September 1899, „die Disciplin verlangt, daß auch im gerichtlichen Verfahren das Ansehen der Kommandogewalt, der militärischen Einrichtungen, Verordnungen und Gebräuche erhalten, der Sinn für die unbedingte Unterordnung des Un-

[5] Archiv der sozialen Demokratie, NL Paul Levi, Sig. 57. Für die Hilfe bei den letzten Hürden und bei der Schlussredaktion der Transkription dieses handschriftlichen Briefes Stadthagens bedanke ich mich bei Anne Rothschenk vom Landesarchiv Berlin, bei Doritt Goldmann sowie bei meinen Kolleginnen Jana Kahms, Charlene Krüger und Erika Schmidt.

tergebenen unter den Vorgesetzten jeden Grades gewahrt und dem berechtigten Ehrgefühl aller Beteiligten, insbesondere des Offiziersstandes, Rechnung getragen wird. Sobald dieser Grundsatz gefährdet ist, sei es nach dem Gegenstand der Anklage, nach den Einzelheiten des zur Verhandlung kommenden Falles, nach der Persönlichkeit des Angeklagten oder der Zeugen, nach zeitlichen oder örtlichen besonderen Verhältnissen, ist die Oeffentlichkeit auszuschließen.“[6] Grundsätzlich regelte das Militärstrafgesetzbuch im § 283, wie Stadthagen an gleicher Stelle ausführte, den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Fälle der Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatssicherheit, der militärischen Interessen oder der Sittlichkeit. Der Kaiser erhielt als oberster Befehlshaber die Befugnis, selbst den Ausschluss der Öffentlichkeit durch Vorschriften zu regeln. Damit konnten im Grunde sämtliche Fälle von Misshandlungen von Soldaten als Geheimprozesse geführt oder gar der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden. Auf diese fragwürdige Rechtslage bezog sich Rosa Luxemburg womöglich auch im Schlusssatz ihrer Verteidigungsrede vor dem Berliner Landgericht, als sie aussprach: „Um den Beweis für meine Behauptung (von der Alltäglichkeit der Misshandlungen, H.Cz) zu führen – den Beweis für das vom Kriegsminister und dem Staatsanwalt aufgestellte Beweisthema brauche ich nicht zu führen –, bitte ich, die Verhandlung fortzuführen. Denn wenn diese Fälle vor das Kriegsgericht kommen, so wird das Beweisthema verschleiert.“[7] Sie wollte durch die Fortführung dieses politischen Prozesses die Arbeiterschaft und die nichtmilitaristische Öffentlichkeit gegen die drohende Kriegsgefahr – am 28. Juni war in Sarajevo das österreichische Thronfolgerpaar ermordet worden, und Österreich-Ungarn sann auf massive Vergeltung – mobilisieren. Doch die Vertagung des Prozesses fand vor dem Hintergrund forcierter Kriegsvorbereitungen statt: Am 6. Juli übermittelte die Reichsleitung jene verhängnisvolle „Blankovollmacht“ an Wien, nach welcher das Deutsche Reich unter allen Umständen seine Bündnispflichten erfüllen würde. Da störte ein politischer Prozess gegen eine herausragende Rednerin und Sozialistin wie Rosa Luxemburg die Routine. Arthur Stadthagen schloss seinen Beitrag im „Vorwärts“ übrigens mit der Bemerkung: „Wird die Oeffentlichkeit auf Grund dieser Vorschrift ausgeschlossen, so läßt sich der Schluß nicht abweisen: es muß etwas faul sein im Staate der Disciplin. Die Praxis hat nahezu zu einer völligen Beseitigung der Oeffentlichkeit militärgerichtlicher Verhandlungen geführt. Damit hat die Praxis das vernichtendste Urteil über die Disciplin im deutschen Heere und über das Militärsystem selbst unbewußt gefällt, das Schäden zeitigt, die das Licht der Oeffentlichkeit nicht einmal zwecks Vorbeuge gegen Wiederholung ähnlicher Vorfälle vertragen.“[8]

[6] „Disciplin“ gegen Öffentlichkeit. In: Vorwärts, 4.8.1914. Der Text auf der Titelseite ist nicht namentlich gekennzeichnet, aber Stadthagen benannte sich im Brief an Rosa Luxemburg als Autor.
[7] Rosa Luxemburg: Gegen die Vertagung des Prozesses. In: GW, Bd. 3, a. a. O., S. 472.
[8] Ebenda, S. 419.

Seine Prognose über den möglichen Ausgang des Prozesses traf im Grunde weitgehend zu, denn „am 17. August teilte der Erste Staatsanwalt beim Landgericht II in Berlin dem Justizminister mit, daß der Kriegsminister unter dem 4. August den Strafantrag zurückgenommen habe und durch Beschluß der Strafkammer vom 8. August das Verfahren eingestellt worden sei. Rosa Luxemburg blieb die politisch-moralische Siegerin.“[9]
Holger Czitrich-Stahl[10]

► VORSCHAU ◄

Gemeinsame Vortragsreihe 2015

der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv,
des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und
der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft

Veranstaltungsort: Bundesarchiv, 12205 Berlin, Finckensteinallee 63, Casino

Beginn jeweils 18:00 Uhr

17. September	*Dr. Helmut Müller-Enbergs, Christian Booß* Nomenklaturkader und andere Partner des MfS. Personen im Grenzbereich von Staatspartei und Staatssicherheit
10. Dezember	*Dr. Sebastian Voigt* Krisenreaktionen. Die Politik des DGB, der HBV und der IG CPK und die Herausforderungen der 1970er Jahre

[9] Ebenda.
[10] Der Autor, Geschichtslehrer an der Max-Beckmann-Oberschule in Berlin-Reinickendorf, veröffentlichte nach langjährigen Recherchen 2011 sein Buch Holger Czitrich-Stahl: Arthur Stadthagen – Anwalt der Armen und Rechtslehrer der Arbeiterbewegung. Biographische Annäherungen an einen beinahe vergessenen sozialdemokratischen Juristen, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main u.a. 2011, 679 S., zahlr. Tab. (ISBN 978-3-631-61636-9). 2013 promovierte Czitrich-Stahl mit der Dissertationsschrift „Arthur Stadthagen – Anwalt der Armen und Rechtslehrer der Arbeiterbewegung. Politische Biographie eines beinahe vergessenen sozialdemokratischen Juristen und Reichstagsabgeordneten“ an der Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften der FernUniversität in Hagen zum Dr. phil. Der im Vergleich zum Buch vor allem im Hinblick auf die 27jährige Tätigkeit Stadthagens als Stadtverordneter in Berlin sowie seine Mitarbeit am „Bürgerlichen Gesetzbuch“ aktualisierte und erweiterte Text ist online unter http://deposit.fernuni-hagen.de/2983/1/Diss_Czitrich-Stahl.pdf zugänglich.

Übersichten und Findmittel

Informationen über Mitteilungsblätter, Kurzbestandsübersichten und Findbücher von Archiven der neuen Bundesländer und Berlin, von Archiven der Parteien und Organisationen, von wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen (XXXVIII)

Sachsen: Katrin Heil informiert im Beitrag „Spuren des B. G. Teubner Verlages im Staatsarchiv Leipzig“[6] über die Erwerbung, Erschließung und den Bestandsinhalt des traditionsreichen Verlages. Anlass für die Übernahme von bedeutenden Teilen von Schriftgut der Betriebsstätte Leipzig des B. G. Teubner Verlages sowie der Einbringung der archivalischen Überlieferung des B. G. Teubner Verlages, Standort Stuttgart, als Schenkung an das Staatsarchiv Leipzig war die im Zusammenhang mit dem Verkauf des Verlagsunternehmens an den Bertelsmann-Konzern, Bereich Fachinformation, stehende Schließung beider Standorte im Jahr 2000.

Umsichtiges Handeln des letzten Geschäftsführers des B. G. Teubner Verlages, Stuttgart, im Einvernehmen mit dem Bertelsmann-Konzern, Bereich Fachinformation, führte zur Übergabe des entstandenen Verlagsschriftguts sowie des Bucharchivs zunächst an das Deutsche Buch- und Schriftmuseum der Deutschen Nationalbibliothek, Standort Leipzig. Auf Initiative des Deutschen Buch- und Schriftmuseums verständigten sich die Deutsche Nationalbibliothek und das Sächsische Staatsarchiv Leipzig 2009 einvernehmlich auf eine sachgerechte Teilung der Bestände: Die vom B. G. Teubner Verlag, Standort Leipzig und Stuttgart, verlegten Bücher (Publikationsarchiv) verblieben in der Deutschen Nationalbibliothek Leipzig, während das überlieferte Schriftgut beider Verlagsteile in das Staatsarchiv Leipzig überführt wurden. Eine aus der Sicht des Benutzers höchst sinnvolle Entscheidung.

Zunächst erfolgte 2010 die provenienzgerechte Zuordnung der sowohl 1999 im Rahmen einer Notübernahme in einem ungesicherten Verlagsgebäude in Leipzig übernommenen archivalischen Überlieferung und des im März 2000 zunächst an das Deutsche Buch- und Schriftmuseum gelangten Schriftguts des Standorts des B. G. Teubner Verlages, welches 2009 an das Staatsarchiv Leipzig übergeben worden war Es wurden zwei Archivbestände gebildet: 22198 „B. G. Teubner Verlag, Leipzig“ und 22199 „B. G. Teubner Verlag, Stuttgart“. Die Bearbeitung des Archivbestands 22198 „B. G. Teubner Verlag, Leipzig“ ist abgeschlossen. Der Umfang des Bestands beträgt 1.683 Akten

[6] Sächsisches Archivblatt, 2/2014, Hrsg.: Sächsisches Staatsarchiv, Dresden 2014, S. 14/15.

(30 lfm.) und umfasst den Zeitraum 1723 – 1996. Für verschiedene Forschungen konnte der Bestand bereits zur Verfügung gestellt werden, zumal wichtige Quellengruppen (Verträge, Korrespondenzen, Unterlagen zur Planung und Veröffentlichung von verschiedenen wissenschaftlichen Reihen, Materialien zu Firmenjubiläen, Rezensionen u.a.m.) vorhanden sind.

Als Chefarchitekt der Stadt Leipzig und Leiter des kommunalen Planungs- und Architekturbüros von 1967 – 1985 hatte Prof. Dr. Horst Siegel (geb. 1934) entscheidenden Anteil an der städtebaulichen Entwicklung der Messestadt Leipzig.[7] Dem Aufsatz von Anett Müller „Sammlung Horst Siegel im Stadtarchiv Leipzig erschlossen“[8] ist zu entnehmen, dass der nahezu zwei Jahrzehnte als Chefarchitekt der Stadt Leipzig wirkende Horst Siegel eine umfangreiche Sammlung aus seiner dortigen Tätigkeit dem Stadtarchiv Leipzig übergeben hat. Es handelt sich um 109 Akten und 1.183 Diapositive (Zeitraum: November 1911, Dezember 1961 – Februar 2011). Inhaltliche Schwerpunkte der Sammlung sind Unterlagen zum Wohngebiet Leipzig-Grünau, zu verschiedenen städtebaulichen Wettbewerben [Karl-Marx-Universität, Karl-Liebknecht-Platz (heute: Bayrischer Platz), Grünau], zur Generalbebauungsplanung und Verkehrsplanung, zum Neuen Gewandhaus – um nur einige Großprojekte zu nennen. Zugleich wurden dienstliche Dokumente des Büros des Chefarchitekten und seiner Vorläuferprovenienzien – einschließlich persönlicher Unterlagen zu Horst Siegel – übergeben; darunter biografische Notizen von Horst Siegel unter dem Titel „Stationen et Situationen eines Architekten“. Die Dia-Sammlung dokumentiert neben der Bautätigkeit in Leipzig den Bauzustand verschiedener Wohngebiete, aber auch die Situation der Lehrtätigkeit in den Universitätsgebäuden.

Zugleich überreichte Siegel dem Archiv der Wissenschaftlichen Sammlungen am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS (Erkner) Quellen aus seiner Tätigkeit als Hauptarchitekt bzw. Stellvertreter des Chefarchitekten für den Aufbau der Chemiearbeiter-Stadt Halle-Neustadt und zu seiner Mitgliedschaft an der Bauakademie der DDR, Berlin. Das Archiv der Moderne an der Bauhaus-Universität in Weimar erhielt Dokumente aus seiner Studienzeit an der ABF in Weimar und der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar (1951/53 – 1959) sowie seines Wirkens als Hochschullehrer und Freier Architekt an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar. Die Aufteilung der Quellen und Dokumente entsprach ausdrücklich dem Wunsch von Prof. Dr. Horst Siegel. Die Vernetzung der relevanten Angaben der in drei verschiedenen Archiven befindlichen Überlieferungen ist gegeben.

---

[7] Zur Biografie vgl. Helmut Müller-Enbergs / Jan Wielgohs / Dieter Hoffmann / Andreas Herbst / Ingrid Kirschey-Feix (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, Ch. Links Verlag, Berlin 2009, S. 1232.

[8] Sächsisches Archivblatt, 2/2014, Hrsg.: Sächsisches Staatsarchiv, Dresden 2014, S. 12/13.

Mit dem Beitrag von Stefan Göock „Zur audiovisuellen Überlieferung in den Abteilungen des Sächsischen Staatsarchivs (Teil 1: Leipzig)“ wird eine mehrteilige Aufsatzreihe zur Überlieferungsgeschichte, zu Bestandsinhalten und Nutzungsmöglichkeiten audiovisueller Überlieferung eingeleitet.[9] Einführend geht der Verfasser auf die Stellung Leipzigs als Produktionsstandort audiovisueller Materialien neben anderen Städten, so u.a. Hauptstadt der DDR Berlin, ein. Im Detail hebt er die besonderen Aktivitäten von nach 1989/90 gegründeten Vereinen zur Sicherung der verschiedenen Überlieferungen hervor und skizziert die Zuständigkeit des Staatsarchivs Leipzig auf der Grundlage des Archivgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 17. Mai 1993.

An Beständen führt der Autor auf: Bestand 20314 „agra-Landwirtschaftsausstellung der DDR, Markkleeberg“ (2.000 Rollen). Die Überlieferung dokumentiert u.a. die Vergenossenschaftlichung, Industrialisierung und Rationalisierung der verschiedenen Bereiche der Landwirtschaft bis zur Nahrungsmittelverarbeitung.

Aufschlussreich ist auch die Überlieferung des Bestandes 20298 „Zentralhaus für Kulturarbeit“ mit seiner audiovisuellen Überlieferung der Dokumentation kultureller und kulturpolitischer Aktivitäten. Umfangreich ist die Überlieferung der Amateurfilme, die vorwiegend aus dem örtlichen Raum heraus von nichtgewerblichen Filmgruppen produziert wurden und sich verschiedenen Genres verpflichtet fühlten (so u.a. dem Dokumentarfilm oder/und Filmen aus dem Freizeitbereich).

Neben der Überlieferung des Bestandes 20298 „Zentralhaus für Kulturarbeit“ und dem Bestand 22052 „Bezirksfilmstudio Leipzig“ verwaltet das Staatsarchiv Leipzig die Bestände von zwei medienpädagogischen Filmgruppen (Pionierfilmstudio „Georg Schwarz“ und 22046 Pionierfilmstudio „Iskra“, beide Leipzig). Beiden Beständen ist im Heft 1/2014 des Sächsischen Archivblatts eine ausführliche Darstellung gewidmet.[10]

Industriefilme bilden nicht nur im Staatsarchiv Leipzig eine wichtige Überlieferung, sondern sind auch in anderen Standorten des Sächsischen Staatsarchivs überliefert. Im Staatsarchiv Leipzig sind hervorhebenswert die Filme im Bestand 22162 „VEB Industriemontagen Leipzig“, darunter Dokumentationen zum Bau des Berliner Fernsehturms und des Palasts der Republik, sowie die Überlieferung der Firmen Bleichert Transportanlagenbau bzw. des VEB Verlade- und Transportanlagen Leipzig (Bestände 20781 und 20820).

Eine selten überlieferte Dokumentengruppe in Archiven ist die im Staatsarchiv Leipzig vorhandene Überlieferung des Bestandes 22044 des Stadtfunks Leipzig aus dem Zeitraum 1953 – 1973 (u.a. mit Beiträgen zur Stadt- und Be-

[9] Ebenda, S. 10/11.

[10] Volker Petzold: Audiovisuelle Bestände Leipziger Pionierfilmstudios im Sächsischen Staatsarchiv [Leipzig]. In: Sächsisches Archivblatt, 1/2014, Hrsg.: Sächsisches Staatsarchiv, Dresden 2014, S. 10-12.

zirkspolitik, bspw. zum 17. Juni 1953). Im Bestand 22268 „Runder Tisch Leipzig“ befinden sich einige Originalprotokollmitschnitte aus dem Jahre 1990.

Der Verfasser des ersten Teils des Beitrags „Zur audiovisuellen Überlieferung in den Abteilungen des Sächsischen Staatsarchivs“ (Leipzig) setzt im Heft 1/2015 des „Sächsischen Archivblatt“[11] die Bestandsbeschreibung vorhandener audiovisueller Quellen in den Abteilungen Staatsarchiv Chemnitz und Bergarchiv Freiberg fort.

Im Staatsarchiv Chemnitz ist die Überlieferung v.a. geprägt durch audiovisuelle Quellen in Wirtschaftsbeständen: Bestand 30878 „Konsumgenossenschaftsverband des Bezirkes Karl-Marx-Stadt und Vorgänger“ (z.T. bis in die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts zurückgehend); Bestand 30950 „Böhme Fettchemie GmbH, Chemnitz, und Vorgänger" (bekannt v.a. durch das Produkt „FEWA“ – FEinWAschmittel). Beim letztgenannten Bestand liegt der inhaltliche Schwerpunkt auf der Überlieferung aus den 1930er Jahren. Ferner sind Überlieferungen einer Maschinenfabrik (Bestand 31031 „Gottfried Hilscher KG, Wirkmaschinenbau, Chemnitz“) und der führenden Automobilfabrik (Bestand 31050 „Auto Union AG, Chemnitz“) überliefert. Ergänzt wird die Überlieferung durch die Erwerbung von 16 mm-Originalfilmen von Probefahrten der Werksfahrer der Auto Union AG aus verschiedenen Ländern von einem privaten Rennsportarchiv. Audiovisuell dokumentiert ist u.a. das 700-Jahr-Jubiläum der Stadt Zschopau 1938. Zum Zweiten Weltkrieg und seinen Folgen (v.a. Bombardierung einzelner Städte, Befreiung durch die alliierten Truppen, beginnender Wiederaufbau) sind im Staatsarchiv Chemnitz keine bildlichen Quellen nachweisbar.

Relativ umfangreich ist die filmische Dokumentation aus der DDR, die v.a. die Konsumtion der Bevölkerung der DDR zum Inhalt hat. Hier ist der Bestand 30918 „VVB Automobilbau, Karl-Marx-Stadt“ hervorzuheben. Eine Vielzahl von Werbefilmen, so im Bestand 31362 „VEB Feinstrumpfwerke Esda, Thalheim/Erzgebirge – Stammbetrieb des VEB Strumpfkombinat Esda – und Vorgänger“ sowie im Bestand 30992 „VEB Haushaltgeräte Karl-Marx-Stadt – Stammbetrieb des VEB Kombinat Haushaltsgeräte Karl-Marx-Stadt – und Vorgänger“ geben über den Werbeaspekt hinaus Einblick in die Vielfalt der vorrangig für den Export erzeugten Produkte.

Verwaltungsnahe Audio-Bestände (z.B. Magnettonbandmitschnitte von Bezirkstags-Sitzungen) sind im Staatsarchiv Chemnitz nicht überliefert.

In Bundesbesitz befindet sich – außerhalb der Zuständigkeit des Staatsarchivs Chemnitz – ein größeres Filmarchiv der WISMUT AG.

Im Bergarchiv Freiberg setzt die audiovisuelle Überlieferung mit Filmen über die schwere und gefährliche Arbeit der Steinkohle-Bergarbeiter und Kokerei-Arbeiter aus den 1930er Jahren ein. Aufschlussreich ist auch ein Film des

[11] Sächsisches Archivblatt, 1/2015, Hrsg.: Sächsisches Staatsarchiv, Dresden 2015, S. 12/13.

DDR-Fernsehens über die Konversionsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Einstellung des Steinkohle-Bergbaus in der DDR Mitte der 1960er Jahre. Hierbei handelt es sich um einen Film, der nicht im Deutschen Rundfunkarchiv, Standort Potsdam-Babelsberg, vorhanden ist. Weitere audiovisuelle Dokumente dürften aus der derzeit noch nicht erschlossenen Filmsammlung des Bergbaumuseums Oelsnitz zu erwarten sein, die dem Bergarchiv Freiberg übergeben wurde.

Katrin Heil und Birgit Richter, Staatsarchiv Leipzig, geben in ihrem Beitrag „Leipziger Messe – Tor zur ‚Daten-Welt', Messebestände elektronisch erschlossen"[12] einen detaillierten Bericht über die abschließende archivische Bearbeitung (Neuerschließung, Retrokonversion von z.T. vorhandenen Findmitteln, Neuordnung der Bestände und Eingabe in die Archivdatenbank). Im Einzelnen handelt es sich um folgende Bestände:

- 20202: Leipziger Messeamt (I), 1835 – 1964, 71 lfm., 17.295 Fotos
- 21000: Leipziger Messeamt (II), 1945 – 1987, 38 lfm., 27.095 Fotos
- 20203: Messeausschuss der Handelskammer Leipzig, 1892 – 1917, 2,5 lfm.
- 20982: Leipziger Messe- und Ausstellungs-AG, 1913 – 1950, 6 lfm.
- 20983: Leipziger Textilmessehäusergesellschaften, 1921 – 1950, 0,2 lfm.
- 20985: Messehaus Drei Könige, Leipzig, 1896 – 1980, 1,5 lfm.
- 20986: Messepalast Handelsstätte Dresdner Hof, Leipzig, 1910 – 1945, 1,5 lfm.
- 22369: Verlagsanstalt des Leipziger Messeamtes GmbH, 1921 – 1950, 0,3 lfm.[13]

Mit der elektronischen Erschließung der Messebestände und der Onlinestellung der Findmittel sind seitens des Staatsarchivs Leipzig einerseits wichtige Voraussetzungen für Projekte der Bestandserhaltung und Digitalisierung und andererseits nutzerfreundliche Bedingungen für die wissenschaftliche Forschung geschaffen worden. Ein bemerkenswerter Beitrag zum 850. Jubiläum der Leipziger Messe im Jahre 2015.

Kurt Metschies

[12] Ebenda, S. 14/15.

[13] Detailinformationen über die hier aufgeführten Bestände sowie über andere Bestände des Sächsischen Staatsarchivs und seiner Abteilungen (SAX. Archiv) unter www.archiv.sachsen.de/8617.htm.
Allgemeine Informationen zum Archivwesen des Freistaats Sachsen unter www.archiv.sachsen.de.

Tagungen und Konferenzen

25. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 29. April 2015

Zum letzten Male tagte das Kuratorium unter der Leitung seines langjährigen Vorsitzenden, Ministerialdirigent Dr. Michael Roik, dessen Pensionierung bevorsteht. Er informierte eingangs über Veränderungen in der personellen Zusammensetzung des Kuratoriums.

Bei Erörterung der Tagesordnung machte der Schriftführer unseres Förderkreises, Prof. Dr. Günter Benser, der als stellvertretendes Kuratoriumsmitglied die Partei Die Linke vertritt, darauf aufmerksam, dass seines Erachtens die derzeitige Konstruktion der Leitung der SAPMO (BArch) mit dem Stiftungserlass nicht vereinbar sei. Denn dieser sieht vor, dass die Stiftung einen vom Bundesminister des Innern im Benehmen mit dem Kuratorium berufenen Direktor hat, und dass es zu den Aufgaben des Kuratoriums gehört, die Tätigkeit des Direktors zu überwachen. Die gegenwärtige Regelung mit dem Präsidenten des Bundesarchivs als amtierenden Direktor und einem ständigen Beauftragten für die Angelegenheiten der Stiftung widerspreche dem Gründungskonsens und der Grundkonstruktion der Stiftung. Es wurde festgelegt, die Problematik vor dem Bericht über die Tätigkeit der Stiftung in einem gesonderten Punkt 3a zu behandeln.

Mehrere Kuratoriumsmitglieder unterstützten diese Intervention und hoben hervor, dass ohne die Festschreibung der Aufsichtsfunktion des Kuratoriums die Einbringungsverträge gar nicht zustande gekommen wären. Sie plädierten für die Besetzung der Funktion des Direktors gemäß Stiftungserlass. Der Vorsitzende des Kuratoriums bezeichnete das Einvernehmen in diesem Gremium als ein hohes Gut, das es zu erhalten gälte. Der Präsident des Bundesarchivs, Dr. Michael Hollmann, berief sich darauf, dass die gegenwärtige Regelung nur eine interimistische Lösung sei. Auch Vertreter des Bundesministeriums des Innern bekannten sich zur Notwendigkeit einer Ausschreibung der Stelle des Direktors der SAPMO (BArch).

Der vom amtierenden Stiftungsdirektor vorgelegte Bericht an das Kuratorium folgte den erprobten Mustern. Als Neuerung wurde vor allem der künftige Zugang zu den Erschließungsdaten und Digitalisaten über die Rechercheplattform BASYS-Invenio hervorgehoben. Sie gestatte Erschließungsdaten zeitnah bereitzustellen, bisherige Rechercheplattformen zusammenzuführen und mit dem deutschen Archivportal und dem Archivportal Europa zu vernetzen. Seit September 2014 besteht auch ein gemeinsamer Online-Auftritt mit der Institu-

tion des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BstU).

Abschließend dankte der Präsident des Bundesarchivs im Namen der Stiftung dem scheidenden Vorsitzenden des Kuratoriums für sein verdienstvolles Wirken.

Günter Benser

Die Zerstörung der Arbeiterkultur durch Faschismus und Nationalsozialismus (in memoriam Herbert Exenberger)

Für den 14. und 15. November 2014 luden die Theodor-Kramer-Gesellschaft[1] und ihre Kooperationspartner[2] zu einer internationalen Tagung über die „Die Zerstörung der Arbeiterkultur durch Faschismus und Nationalsozialismus“ nach Wien ein. Auch in Gedenken an den 2009 verstorbenen Autodidakten und Bibliothekar des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) Herbert Exenberger trafen sich die Teilnehmenden in der Volkshochschule Brigittenau, um über den erzwungenen Untergang einer ganzen Bewegung durch Austrofaschisten und Nationalsozialisten ins Gespräch zu kommen. Hier stellen die Jahre 1934 und 1938 die beiden großen Bruchlinien dar. Die Beiträge widmeten sich der Frage, was sie ausmachte, diese Arbeiterkultur, und wer ihre Protagonisten waren. Einige der Referate sollen hier kurz skizziert werden:

Im ersten Panel wies Bernhard Zimmermann in seinem Beitrag „Drum hat er Stiefel im Gesicht nicht gern. Zerstörungen von proletarischem Klassenbewusstsein und Arbeiterkultur im 20.Jahrhundert“ darauf hin, dass proletarische Selbstbeschreibungen nicht im Sinne herkömmlicher Autobiografien verstanden werden können, sondern eine kollektive Perspektive auf die Arbeiterklasse eröffnen. So enthalten diese Lebensbeschreibungen auch Skizzen eigener Wertemuster, als da wären: Klassenbewusstsein, Solidaritäts-Ethos und Wir-Identität, Fortschrittsoptimismus und der Glaube an ein Ende der herrschenden Klasse, Bildung als Instrument der Befreiung aus Unterdrückung, Organisationsorientierung. Im Nationalsozialismus dann tobte eine „Schlacht um die

[1] Zur Theodor-Kramer-Gesellschaft, die sich der Erforschung und Verbreitung der Literatur des Exils und des Widerstands widmet, sowie zum Herbert Exenberger-Archiv siehe http://theodorkramer.at (gesehen: 29.04.2015).

[2] Volkshochschule Brigittenau; Wiener Vorlesungen; Institut für Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern, AK Wien; Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB); Republikanischer Club – Neues Österreich; Paul Lazarsfeld-Gesellschaft für Sozialforschung; Verein zur Förderung und Erforschung der antifaschistischen Literatur; Bezirksorganisation Brigittenau des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen.

Gehirne“ der Menschen. Den Nazis gelang es, so Zimmermann, jedoch nie, eine „eigene“ Arbeiterkultur zu etablieren. Es wäre kritisch zu fragen, inwiefern sich dies mit der Volksgemeinschaftsideologie nicht sowieso verbot. Gleichwohl stahlen die Nationalsozialisten die Symbole und Insignien der Arbeiterbewegung. So wurde die Arbeiterklasse ihrer kollektiven Identität beraubt, prekarisiert und vereinzelt.

Auch der Beitrag, den Helene Belndorfer leistete, zeigte die „Pole der Erinnerung“, also die Bruchlinien und die Kontinuitäten in der Arbeiterkulturbewegung auf. Die anfänglich ungeteilte Faszination für die sowjetische Idee wich vor der Sorge um die Spaltung der Arbeiterbewegung – in Deutschland bereits Realität, in Österreich zumindest in Ansätzen erkennbar. In O-Tönen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wird deutlich, wie stark der Bruch mit „1934“ war: Es war die große „Niederlage der Bewegung“.

Anhand dreier Funktionäre der Wiener Arbeiterbewegung zeigte Sabine Lichtenberger die katastrophale Wirkung des nationalsozialistischen Zerstörungswerkes auf: Josef Luitpold Stern war bis zu seiner Emigration Leiter der Arbeiterhochschule (das spätere Referat von Jürgen Doll lieferte eine kritische Analyse von Sterns Bestrebungen einer Politisierung der österreichischen Arbeiterbewegung). 1938 musste auch Richard Wagner, pädagogischer Leiter der Gewerkschaftsschule und einer der bedeutendsten Denker der österreichischen Arbeiterbildung, emigrieren. Er schloss sich in Jugoslawien den Partisanen an. Bis 1934 hatte Franz Rauscher die Leitung der sozialdemokratischen Parteischule inne. Er wurde 1935 beim Wiener Sozialisten-Prozess angeklagt. Nach erneuter Verhaftung nach der NS-Machtergreifung in Österreich wurde er ins Konzentrationslager Buchenwald deportiert.

Daniela Schmohl warf einen Blick auf die Arbeiterbewegung und ihre Vernichtung in Breslau (heute Wrocław). Während sich die KPD hier nie durchsetzen konnte, war die Stadt eine Hochburg der linksorientierten Sozialdemokratie. Der Sozialistische Kampfbund sollte eine Alternative zum „lahmen“ Reichsbanner bilden. Doch im Zuge der Märzwahlen 1933 brach die sozialdemokratische Organisierung zusammen. Das Breslauer Gewerkschaftshaus wurde von den Nazis besetzt, sozialdemokratische Funktionäre wie Paul Löbe gedemütigt und verschleppt.

Musik war ein oft vergessener Motor der Arbeiterkulturbewegung. Dabei transportierte gerade die Musik wirksam die eigenen Ideale und Vorbilder. Nach der Oktoberrevolution galt Sowjetrussland als musikalisches Laboratorium, wie Derek Weber in seinem Vortrag erklärte.

In einem erfrischend kritischen Beitrag erkundete Irene Suchy die Geschichte der Arbeitergesangsvereine, deren männliche Dominanz und militärische Rituale einen genderkritischen Blick unumgänglich machen. Zwar überwog in den gemischten Chören der Frauenanteil, doch gab es in Österreich gerade einmal eine einzige Chormeisterin.

Mit einigen der bekanntesten Vertreterinnen der Arbeiterinnenbildung befasste sich das Referat von Eva Weber. Adelheid Popp nämlich sei die „Gallionsfigur der sozialdemokratischen Frauen“ gewesen. Als Nachfolgerin der verstorbenen Clara Zetkin wurde sie 1934 Vorsitzende des Internationalen Frauenkomitees. Die österreichische „Arbeiterinnen-Zeitung“ (ab 1924 „Die Frau“) diente nicht nur der Bildung der proletarischen Frauen, sondern auch der Kritik an den männlichen Genossen.

Einen internationalen Blick auf die Strahlkraft der Arbeiterkulturbewegung warfen Paul Dvořák sowie Christian Zech und Andreas Marquet. So nahm die britische Labour Party positiven Bezug auf das sozialistische Experiment des „roten Wien“ und orientierte sich durchaus auch am Austromarxismus und seinem Vordenker Otto Bauer, wie Dvořák erklärte. Übrigens: Diese Idee des Austromarxismus, quasi eines sozialistischen „Dritten Wegs“, kam bei dieser Tagung erstaunlich selten zur Sprache.

Mit Zech/Marquet konnten die Teilnehmenden die Geschichte der deutschen Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Exil nachvollziehen. 1936 gründete sich die Exil-AWO in Frankreich und wird zentraler Teil der deutschen Sozialdemokratie im Ausland. Mit Kriegsbeginn verlagert sich der Schwerpunkt der Arbeit in die USA, besonders nach New York, wo eine eigene AWO N.Y. gegründet wird. Hier nun beansprucht die German Labour Delegation die Führung der deutschen sozialdemokratischen Organisierung und begibt sich in Konkurrenz mit Gruppen wie „Neu Beginnen“, die explizit mit den Kommunistinnen und Kommunisten kooperieren. Auch die AWO politisiert sich im Exil und wird Teil der innersozialdemokratischen Auseinandersetzungen.

Schließlich befassten sich auch einige Beiträge durchaus kritisch mit Fragen von Übergängen in den Faschismus und Nationalsozialismus: Konstantin Kaiser, Mitbegründer der organisierenden Theodor-Kramer-Gesellschaft, nannte das Gerede vom „kleinen Mann“ eine machtvolle Konstruktion, die die Sozialdemokratie gerade in der Zwischenkriegszeit erfolgreich bediente, die später auch die Faschisten und Nationalsozialisten nutzten und auf deren Klaviatur heute auch die extrem rechte FPÖ spielt. Durchaus selbstkritisch bemerkte Kaiser, wie sehr die Arbeiterinnen und Arbeiter schon vor Jahrzehnten von ihren Wurzeln aus dem 19. Jahrhundert abgekoppelt wurden. Auch die Organisationen der Arbeiterbewegung seien schließlich zu Mitverwaltern der „verwalteten Gesellschaft“ (Theodor W. Adorno) geworden. Gleichzeitig muss eine soziale „Erkaltung“ und ein „Spannungsverlust des Sozialen“ konstatiert werden. Andrea Neugebauer stellte am Beispiel der Arbeiter der Rüsselsheimer Opel-Werke heraus, dass die Arbeiterbewegung nicht einfach zerschlagen wurde, sondern sich vielerorts auch allzu schnell selbst gleichschaltete und Anschlussfähigkeit an das nationalsozialistische Regime bewies. Anschluss suchte auch der Schriftsteller Johann Ferch, der anfangs der Arbeiterkultur nahestand und sozialkritische Werke verfasste, aber dem mit sozia-

listischen Ideen kaum zu vereinbarenden Neomalthusianismus anhing, der von einer Überbevölkerung und daraus resultierenden Verarmung ausging.

Das Panel schloss Vera Freud mit einem ausgesprochen emotionalen Vortrag über ihre Freundin Doris Loebl. Als junge Mädchen verbrachten beide einige Jahre des Exils in Frankreich, bis Vera Freud während des Krieges in der Résistance aktiv wurde und später nach Südafrika und Kanada emigrierte. Doris Loebl wurde 1942 mit ihren Eltern nach Auschwitz-Birkenau deportiert und ermordet.

Die Tagung begleitend, befasst sich der Schwerpunkt der aktuellen „Zwischenwelt“, der Zeitschrift der Theodor-Kramer-Gesellschaft, mit der Arbeiterkultur der Zwischenkriegszeit. Auch ein Sammelband, die Beiträge der Tagung vereinend, soll 2016 folgen.

Yves Müller[3]

[3] Yves Müller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand an der Universität Hamburg, Fakultät für Geisteswissenschaften, Historisches Seminar, Arbeitsbereich Deutsche Geschichte.

Neues aus der Forschung

Promotionsprojekt:

"Arbeit ist keine Ware!" – Umkämpfter Arbeiterdiskurs und die Bewegung zur Verkürzung des Arbeitstages in Berlin und New York City in den späten 1860er und frühen 1870er Jahren[1]

In meiner Dissertation untersuchte ich vergleichend die Legitimationsstrategien und Begründungszusammenhänge zweier urbaner Arbeiterbewegungen in Deutschland und den USA in ihrem Kampf um eine Verkürzung des Arbeitstages in den 1860er und frühen 1870er Jahren. Um die Analyseebene möglichst klein zu halten und gleichzeitig dem Umstand gerecht zu werden, dass die frühe Bewegung diesseits wie jenseits des Atlantiks gerade im städtisch-handwerklichen Milieu zu Hause war, habe ich mich für einen Vergleich von Berlin und New York City entschieden. Da es sich somit in erster Linie um eine ideengeschichtliche Lokalstudie handelte, kamen als Quellen vor allem Veröffentlichungen der Bewegungen selbst in Betracht. Mein besonderes Augenmerk galt dabei der entstehenden Arbeiterpresse Berlins und New Yorks.

Für Berlin habe ich die Zeitungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) sowie die der konkurrierenden „Eisenacher" Sozialdemokratie ausgewertet. Auf ADAV-Seite zählten dazu v.a. „Der Social-Demokrat" bzw. dessen Nachfolger, „Der Neue Social-Demokrat", sowie die wöchentlich bzw. monatlich erscheinenden Organe „Agitator" und die „Social-Politischen Blätter zur Unterhaltung und Belehrung für die deutschen Arbeiter". Zu den ausgewerteten Eisenacher Zeitungen zählten die „Demokratische Zeitung" und „Die Zukunft" sowie der – freilich nicht in Berlin erscheinende –„Volksstaat". Daneben wurden die früh-feministische Zeitung „Neue Bahnen", die liberale „Vossische Zeitung" sowie der halb-offizielle „Provinzial-Correspondent" aus Berlin als Vergleichsquellen herangezogen. Hinsichtlich der deutschen Presseerzeugnisse barg die Archiv- bzw. Bibliotheksnutzung wenig Überraschendes, gelten doch die Zeitschriftensammlung zur Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte der SAPMO im Bundesarchiv sowie der lokal-historische Zeitungsbestand im Zentrum für Berlin-Studien der Berliner Landes- und Zentralbibliotheken als weitgehend bekannt.

Weniger bekannt dagegen dürfte die Fülle an historischen Arbeiterzeitungen und -zeitschriften aus Nordamerika sein, die in deutschen Archiven und Fachbibliotheken einsehbar sind. Die Universitätsbibliothek des John-F.-Kennedy-Instituts der Freien Universität Berlin sticht in dieser Hinsicht besonders her-

[1] Originaltitel in englischer Sprache: „Labor is not a Commodity!" – Contested Working-Class Discourse and the Movement to Shorten the Workday in Berlin and New York City in the late 1860s and early 1870s.

aus. Selbst kleinere und kurzlebige Arbeiterzeitungen gerade der deutschsprachigen Ex-Pat Communities – wie etwa die in New York erscheinenden Zeitungen „Social-Demokrat“ oder „Arbeiter-Union“ – ließen sich in der Institutsbibliothek gewinnbringend für das Dissertationsprojekt auswerten. Ebenfalls konnte hier auf wichtige frühfeministische Zeitungen, wie die von den prominenten Frauenrechtlerinnen Susan B. Anthony (1820-1906) und Elizabeth Cady Stanton (1815-1902) herausgegebene „Revolution“ oder die von den schillernden Schwestern Victoria Claflin Woodhull (1838-1927) und Tennessee Celeste Claflin (1844-1923) editierte „Woodhull and Claflin’s Weekly“ zurückgegriffen werden. Für andere Zeitungen jedoch blieb eine Forschungsreise unabdingbar, denn besonders die englischsprachigen lokalen Arbeiterzeitungen New Yorks – wie etwa der „National Workman“ oder der „Toiler“ – sind lediglich in einer Handvoll Mikrofilm-Kopien erhalten, die sich allesamt in nordamerikanischen Bibliotheken befinden.[2]

Gerader jener „Toiler“, der zu Beginn der 1870er Jahre zunächst gleichzeitig auf Deutsch und Englisch erschien, sollte sich als wichtige Quelle erweisen für ein besseres Verständnis der Herausforderungen und sprachlichen wie kulturellen Hürden, denen sich die amerikanische Arbeiterbewegung in ihrer Frühphase ausgesetzt sah. Gleiches gilt für deutschsprachige Arbeiterzeitungen New Yorks wie die oben erwähnte „Arbeiter-Union“. Gegründet als Organ einiger deutscher Gewerkschaften in New York City, verteidigte die Zeitung vehement die Interessen der deutschsprachigen Arbeiterbevölkerung der Stadt. Im Vorfeld des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 vermochte es die „Arbeiter-Union“ jedoch immer weniger, zwischen einem internationalistisch-republikanisch orientierten Teil ihrer Leserschaft und einem patriotisch gesinnten Gegenüber zu vermitteln. Als sich die Zeitung im Herbst 1870 mit der letzten Ausgabe von ihren Lesern verabschiedete, machte sie keinen Hehl daraus, dass es der Krieg war, der „unseren Leserkreis und die Vereine [spaltete…], wodurch das Blatt sehr viele seiner Leser verlor, welche theilweise erbitterte Gegner des Blattes wurden.“[3] Je mehr Deutschland nach Beginn des Krieges an Ansehen innerhalb der amerikanischen Bevölkerung einbüßte, desto mehr igelte sich auch die deutschsprachige Arbeiterbewegung in New Yorks Little Germany – zu jener Zeit immerhin die drittgrößte deutschsprachige Stadtbevölkerung nach Berlin und Wien – ein.

Der mikro-komparativ angelegte Analyserahmen der Dissertation ermöglichte jedoch nicht nur fundierte Einblicke in die Hindernisse der Bewegung. Vielmehr förderte die Auswertung der Zeitungsquellen auch ein erstaunliches Maß an transnationaler Kooperation zu Tage. Woche für Woche berichteten Korrespondenten aus New York einer Berliner Leserschaft über die jüngsten

[2] Die Zeitungsrecherche in den USA erfolgte vor allem in der Tamiment Library & Robert F. Wagner Labor Archives, über die an anderer Stelle in diesem Heft ausführlich berichtet wird.
[3] “Abschied von unseren Lesern”, Die Arbeiter-Union: Organ der nationalen Arbeiter-Verbindung, 17. September 1870, S. 2.

Entwicklungen der dortigen Arbeiterbewegung. Andersherum erschienen regelmäßig in einer der Arbeiterzeitungen New Yorks Artikel und Reportagen, die so kurz zuvor in Berliner Zeitungen wie dem „Social-Demokrat“ oder der „Demokratischen Zeitung“ veröffentlich worden waren. Gleichzeitig entstanden gerade auf lokaler Ebene Verflechtungen, die von erstaunlichen personellen und institutionellen Kontinuitäten zeugen. So finden sich in den späten 1860er und frühen 1870er Jahren zahlreiche Akteure in New York wieder, die nur Jahre zuvor großen Anteil am Aufbau der Arbeiterbewegung Berlins hatten. Während schließlich auf institutioneller Ebene ausländische Arbeitervereine wie etwa die Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation als gut erforscht gelten, blieben andere institutionelle Verflechtungen merklich unterbelichtet. Wenig bekannt etwa dürfte die Tatsache sein, dass auch der ADAV über eine ausländische Vertretung außerhalb des deutschen Sprachraums verfügte. Genau dies belegen aber die in den späten 1860er Jahren regelmäßig im Berliner „Social-Demokrat“ abgedruckten Berichte des „Bevollmächtigten der Sektion New York“.[4] All dies, so eine der Schlussfolgerungen der Dissertation, unterstreicht die Dynamik eines transatlantischen Ideenaustausches, der erstaunliche Überschneidungen hinsichtlich der Forderungen zur Verkürzung der Arbeitszeit gebar und damit die Arbeiterbewegungen der „neuen“ und „alten“ Welt eng miteinander verflocht.

Philipp Reick

[4] Siehe etwa „Ausland [Aus Amerika]“, Der Social-Demokrat, 13. Februar 1866, S. 3-4.

Aus dem Vereinsleben

Protokoll der 24. Jahresversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. am 25. 04. 2015, 12.30 - 13.45 im Nachbarschaftszentrum „RuDi“, Modersohnstr. 55

Tagesordnung:

1. Regularien
1.1. Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung
1.2. Bestätigung des Protokolls der 23. Jahresmitgliederversammlung
2. Berichte
2.1. Erläuterung des Geschäftsberichtes 2014
2.2. Kassenbericht
2.3. Bericht der Kassenprüfer
3. Diskussion und Abstimmung über die Berichte
4. Wahlen
4.1. Wahl des Vorstandes
4.2 Wahl der Kassenprüfer
5. Schlusswort

Versammlungsleitung: Dagmar Goldbeck
Anwesend: 21 Mitglieder (Persönlich entschuldigt haben sich 9 Mitglieder.).
Die Anwesenheitsliste liegt dem Protokoll bei.

TOP 1. Regularien

TOP 1.1. Zu Beginn gedenkt die Versammlung unserer verstorbenen Mitglieder Lilo Flichtbeil, Janos Jemnitz, Wilfriede Otto, Feliks Tych sowie des Gründungsmitgliedes Hermann Weber.
Dagmar Goldbeck eröffnet die Versammlung. Die Versammlung bestätigt die Tagesordnung.

TOP 1.2. Das Protokoll der Jahresmitgliederversammlung 2014 (abgedruckt in Nr. 46 der „Mitteilungen“) wird einstimmig genehmigt.

TOP 2. Berichte

TOP 2.1. Reiner Zilkenat, Vorsitzender des Förderkreises, erläutert und ergänzt den in Nr. 47 unserer „Mitteilungen“ (MFK) abgedruckten Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2014.

Er erinnert eingangs daran, dass die Versammlung an jenem Tage stattfindet, an dem sich siebzig Jahre zuvor bei Torgau an der Elbe Soldaten der Roten Armee und der Streitkräfte der USA symbolisch die Hände reichten, und verweist auf die Verantwortung des Förderkreis angesichts des bevorstehenden 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus.

In seinen Ausführungen würdigt er die anerkannt gute Arbeit der Redaktion der MFK (Birgid Leske / Rainer Holze) und verweist auf das mit Nr. 47 eingeführte, veränderte leserfreundlichere Layout. Dadurch lässt sich allerdings weniger Text in den jeweiligen Heften unterbringen, weshalb es gilt, die von Sylvia Gräfe betreute Homepage des Förderkreises, die mit zusätzlichen Rubriken versehen wurde, für ergänzende Beiträge, Rezensionen und Informationen zu nutzen.

In einem zweiten Schwerpunkt benennt er wichtige vom Förderkreis herausgegebene, unterstützte oder von Vereinsmitgliedern veröffentlichte Publikationen, wie sie auch im schriftlichen Bericht benannt sind, und verweist auf künftige Projekte, vor allem die gemeinsam mit edition bodoni geplanten Publikationen. Knapp auf die Vorstandsarbeit eingehend, konstatiert er die von allen Mitgliedern geleistete gedeihliche Arbeit. Es sei vor allem ein Verdienst des Förderkreises, wenn in der gemeinsamen Vortragsreihe von Bundesarchiv, Sassenbach-Gesellschaft und Förderkreis jüngere Wissenschaftler mit informativen Beiträgen aufgetreten sind. Er räumt ein, dass es nicht akzeptabel erscheint, wenn der Geschäftsbericht 2014 nicht – wie bisher stets gehandhabt – auf einer Vorstandssitzung beraten und beschlossen wurde. Abschließend äußert er sich zu einigen Tendenzen gegenwärtiger medialer Geschichtsbetrachtung und Erinnerungskultur, wie sie sich zum Beispiel im Gedenken an Bismarck, in neuen Veröffentlichungen zu Hitler gezeigt haben und zum 70. Jahrestag der Befreiung zu erwarten sein dürften. Solchen Herausforderungen sollte sich der Förderkreis stellen. Er bittet deshalb um eine rege Beteiligung an dem unmittelbar bevorstehenden, gemeinsam mit dem Berlin-Brandenburger Bildungswerk organisierten Kolloquium zur geistigen Situation nach der Befreiung.

TOP 2.2.

Elisabeth Ittershagen erläutert den Kassenbericht für das Geschäftsjahr 2014, wobei sie zunächst auf die Mitgliederentwicklung und den Stand der Beitragszahlung eingeht und jene Mitglieder namentlich würdigt, die den Verein durch Spenden unterstützt haben. Im Jahre 2014 gehörten dem Förderkreis 118

Mitglieder an, wobei sich Zu- und Abgänge etwa die Waage halten. Einnahmen von 3.529,69 Euro stehen Ausgaben von 3.658,54 Euro gegenüber, so dass der Verein am 31.12.2014 über einen Kontostand von 3.203,28 Euro und einen Bar-Kassenbestand von 59,01 Euro verfügte. Die Struktur der Einnahmen und Ausgaben entspricht der langjährigen Praxis. Als Sonderposten ragt heraus ein Druckkostenzuschuss zu der Veröffentlichung mit Arbeiten Henryk Skrzypczak zur Gewerkschaftsgeschichte, der aber durch eine entsprechende Spende gedeckt ist.
Der schriftliche Kassenbericht liegt dem Protokoll bei.

TOP 2.3.
Sigrid Kleinschmidt erstattet den Revisionsbericht. Alle Unterlagen, die vollständig vorlagen, wurden geprüft und für korrekt befunden. Die Ausgaben entsprechen den in der Satzung festgelegten Vereinszwecken und den von den Mitgliederversammlungen beschlossenen Aufgaben.
Der Revisionsbericht liegt dem Protokoll bei.

TOP 3. Diskussion und Abstimmung über die Berichte
An der Diskussion beteiligen sich 6 Vereinsmitglieder. Ungeachtet der Anerkennung für die geleistete Arbeit wird auf einige Lücken sowohl im schriftlichen als auch im mündlichen Bericht aufmerksam gemacht. A. Laschitza bemängelt, dass die an der Fortführung der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs von Vereinsmitgliedern geleistete Arbeit nicht benannt wurde. G. Benser vermisst die Erwähnung des als zentrales Projekt zum 25. Jahrestag des Förderkreises in Angriff genommenen Supplementbandes von „Bewahren – Verbreiten – Aufklären. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung“ und sieht in solchen Unausgewogenheiten auch Anzeichen ungenügender kollektiver Vorbereitung der Versammlung. Über den Stand der bisherigen Arbeit am Supplementband berichtet D. Goldbeck. R. Holze appelliert an die Vereinsmitglieder, die Arbeit der Redaktion der MFK wirksamer zu unterstützen und verweist auf das erweiterte Profil unserer Publikationen und spricht zur Gewinnung neuer Mitglieder und zur Teilnahme an der nächsten Tagung der ITH. K. Metschies plädiert dafür, die üblichen den Jahresversammlungen vorgelagerten Vorträge auch weiterhin auf Informationen über Archive, Bibliotheken und Museen zu konzentrieren. A. Weipert verweist auf die Aktivitäten jüngerer Wissenschaftler, aber auch auf deren Schwierigkeiten, feste Bindungen in Vereinen und Organisationen einzugehen.

Geschäftsbericht, Kassenbericht und Kassenprüfbericht werden in getrennten Abstimmungen einstimmig von der Versammlung bestätigt. Auf Antrag von

J. Mai erteilt die Versammlung dem Vorstand und der Revisionskommission einstimmig die Entlastung.

TOP 4.
Die Versammlung wählt einstimmig Heinz Sommer und Dr. Eckhard Müller in die Wahlkommission. Sie stimmt dem Vorschlag des Wahlleiters H. Sommer, die Wahl offen durchzuführen, einstimmig zu. Die Wahl erfolgt entsprechend der am 3. Mai 2014 beschlossenen Wahlordnung. Stimmberechtigt sind 21 anwesende Mitglieder.

TOP 4.1. Der Vorstand wird in seiner bisherigen Zusammensetzung – nach dem auf eigenen Wunsch erfolgten Ausscheiden von Dr. Rainer Holze – wiedergewählt. Für den Vorsitzenden Dr. Reiner Zilkenat und für die stellv. Vorsitzende Dagmar Goldbeck werden bei eigener Enthaltung jeweils 20 Stimmen abgegeben. Alle übrigen Vorstandsmitglieder werden einstimmig gewählt.

TOP 4.2. Die Kassenprüfer Sigrid Kleinschmidt und Barbara Kontny werden einstimmig wiedergewählt.
Alle Gewählten nehmen die Wahl an.
Das Wahlprotokoll liegt dem Protokoll bei.

TOP 5. Schlusswort
Der Vorsitzende dankt für das dem Vorstand ausgesprochene Vertrauen und nimmt knapp zu einigen Diskussionsfragen Stellung.

Dr. Reiner Zilkenat
Vorsitzender

Prof. Dr. Günter Benser
Schriftführer

Traditionell war der Jahresversammlung des Förderkreises wiederum ein Vortrag vorgeschaltet. Dietmar Lange referierte zum Thema „Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Italien“. Siehe dazu den gleichnamigen Artikel Langes in der Rubrik „Archive und Bibliotheken“ dieses Heftes auf S. 15-18.

Birgid Leske 70 Jahre

Seit 2009 Mitglied des Vorstandes unseres Vereins, trägt Birgid mit ihrer gewissenhaften, sachlichen und sympathisch bescheidenen Art zur positiven Entwicklung des Förderkreises bei.

Beachtenswert ist ihre Tätigkeit als Redakteurin der halbjährlich herausgegebenen „Mitteilungen“ (MFK). Inzwischen hat sie – gemeinsam mit Rainer Holze – elf Hefte der MFK zu verantworten, die ausnahmslos von hoher Qualität zeugen und weit über den Kreis unseres Vereins Anerkennung gefunden haben. Darüber hinaus beteiligte sich Birgid an weiteren Publikationen des Förderkreises – so am Sonderheft „80 Jahre Berliner Verkehrsarbeiterstreiks: 3.–7. November 1932“, an der Festschrift „20 Jahre Förderkreis… 1991–2011“ und am gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Band „Bewahren – Verbreiten – Aufklären. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung“.

Mehr als ihr halbes Berufsleben arbeitete Birgid am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED in der Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945, Sektor 1933 bis 1945. Die Abiturientin begann zunächst als technisch-wissenschaftliche Mitarbeiterin, absolvierte das Fernstudium Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, um anschließend als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig zu sein. Sie war in die Arbeit an Hauptprojekten einbezogen – wie die sechsbändige „Geschichte Deutschlands im zweiten Weltkrieg“ oder die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon“. Als Autorin des Länderbeitrags Großbritannien wirkte sie am Bd. 5 der Reclam-Reihe „Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933-1945“ mit. 1983 verteidigte sie ihre Dissertation A zur Thematik des deutschen politischen Exils in Großbritannien. Inzwischen stellvertretende Sektorleiterin, konnte sie infolge der „Wende“ die begonnenen Arbeiten an der Dissertation B zur „Friedensstrategie der KPD in den Jahren 1943 bis 1945“ nicht abschließen. 1990 kurzzeitig Mitarbeiterin des Verkehrsministeriums der DDR, arbeitete sie nach dem Ende der DDR 20 Jahre als Verwaltungsangestellte im Bundesministerium für Verkehr bzw. Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Wir wünschen Birgid alles erdenklich Gute für die Zukunft und uns selbst, dass wir noch möglichst lange auf ihre Mitarbeit im Vorstand und in der Redaktion der „Mitteilungen“ rechnen können.

Reiner Zilkenat

Vorträge

19. März 2015
Wie DDR-Kinder erzogen werden sollten:
Die Pädagogischen Kongresse der SBZ/DDR 1946 bis 1989 im Rückblick
Dr. Ursula Schröter

Bei der Analyse der Erziehungsabsichten konnte ich mich darauf stützen, dass in der DDR-Politik ebenso wie in den pädagogischen Wissenschaften, oft auch in den Kulturwissenschaften, von zwei zentralen und zusammengehörenden Erziehungszielen ausgegangen wurde. Kindern und Jugendlichen sollten sowohl allgemein menschliche Tugenden als auch klassenmäßige Tugenden anerzogen werden, das eine nicht nur neben dem anderen, sondern für das andere. Mit Bezug auf Erziehungsvorstellungen in der deutschen Arbeiterbewegung bzw. kommunistischen Bewegung (Bebel, Hörnle) kam eine klassenmäßig neutrale Erziehung von Anfang an nicht in Betracht.

Die neun Pädagogischen Kongresse waren sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Jahrzehnte verteilt. Von 1946 bis 1949 gab es in jedem Jahr einen, d.h. bis zur Gründung der DDR hatten bereits vier Kongresse stattgefunden, 1956, kurz nach dem XX. Parteitag der KPdSU, der fünfte, 1961, kurz vor dem Mauerbau, der sechste und in der zweiten Halbzeit der DDR dann noch drei, der letzte im Juni 1989, als die Grenzen in Ungarn schon geöffnet waren.

Zu den ersten vier Kongressen:

Nach der Befreiung vom Faschismus gab es in allen Besatzungszonen Bemühungen, die Deutschen, insbesondere die Jugend «umzuerziehen», in den westlichen Zonen unter dem Stichwort: Re-education. Aber nur in Ostdeutschland waren die Umerziehungsziele eingebettet in Vorstellungen von einer völlig neuen Gesellschaft, getragen von neuen Menschen. Nur die SMAD verfügte über ein Programm, das neben der physischen Absicherung („Rettet die Kinder“) auf den möglichst schnellen Übergang zur pädagogischen Normalität orientierte. Im August 1945 wurden Schulbeginn zum 1. Oktober und Säuberung der Schule und Lehrerschaft von faschistischen Einflüssen „befohlen“. Die Erziehungsziele dieser ersten Zeit sind aus den Archivdokumenten klar ersichtlich. Es ging um Wiederbesinnung auf das Mensch-Sein, auf die allgemein menschlichen Tugenden, die der Faschismus versucht hatte zu verschütten. Karl Trinks sprach 1946 von Duldsamkeit, Wahrheitsliebe, Gefühl für Menschenwürde und Gerechtigkeit, Mitleid, Güte und Zuverlässigkeit.

Auf den ersten Kongressen ist von demokratischer Erziehung die Rede. Im Sinne der Orientierung auf Menschlichkeit, aber auch – von Kongress zu Kongress mehr – im Sinne der Tugenden, die die neue Gesellschaft braucht. Zwei Monate vor dem ersten Kongress war das Gesetz zur Demokratisierung

der deutschen Schule verabschiedet worden, das die Erziehung zu «wahrer Humanität» in den Mittelpunkt der schulischen Aufgaben stellte, und das sich zu drei Prinzipien der neuen Schule bekannte – zur Einheitlichkeit, Staatlichkeit und Wissenschaftlichkeit. An diesen drei Prinzipien wurde über alle politischen Turbulenzen hinweg bis zum DDR-Ende nicht gerüttelt. Und sie wirken bis heute als Ost-West-Unterschiede bei Meinungsbefragungen.

Insbesondere die Dokumente des IV. Kongresses vom Sommer 1949 machen deutlich, dass dem naturwissenschaftlichen Unterricht eine umfassende Bildungsfunktion zugeschrieben wurde. Wie in den Naturwissenschaften müssten auch in der Pädagogik „nur“ die Gesetzmäßigkeiten aufgedeckt und schließlich befolgt werden.

Der V. Kongress fand fast 7 Jahre nach dem vorangegangen statt. Dazwischen lagen die 2. Parteikonferenz der SED, Stalins Tod, der 17. Juni 1953, die Pariser Verträge, der Warschauer Pakt, und drei Monate vor dem Kongress hatte Chruschtschow erstmals über Stalinistische Verbrechen gesprochen. In dieser Situation kam es offensichtlich vor allem auf das Bekenntnis „zur Sache“ an, zumindest galt nun neben dem Aufbau von Mittelschulen die patriotische Erziehung der Kinder als eine der wichtigsten schulischen Aufgaben, wobei unter Patriotismus die Liebe zu einem Deutschland nach dem Vorbild der DDR verstanden wurde. Die allgemein menschlichen Tugenden, so scheint es, standen nun im Dienste der klassenmäßigen.

Als wichtigster Schritt hin zur patriotischen Erziehung wurde die Verbindung des Lernens mit produktiver Arbeit gesehen. Spätestens seit dieser Zeit spielte in der DDR-Pädagogik die polytechnische Bildung und die entsprechende «Erziehung zu arbeitsfreudigen Menschen» eine zentrale Rolle.

Die einheitliche polytechnische Bildung und die 10-Klassen-Schule für alle Kinder – das waren auch Schwerpunkte des VI. Kongresses 1961, zwei Monate vor dem Mauerbau. Gleichzeitig ging es auf diesem Kongress wie auf keinem zuvor und keinem danach um die Wirksamkeit des Erziehungskonzeptes. Die Erziehung hieß jetzt nicht mehr patriotische, sondern sozialistische. Und zu ihr gehörten ausdrücklich und mit Bezug auf jahrhundertealte pädagogische Traditionen die allgemein menschlichen Tugenden und auch ein grundsätzliches Nachdenken über das Verhältnis zwischen den Generationen unter sozialistischen Bedingungen.

Dieses neue Nachdenken, das in den ersten 1960er Jahren nicht nur in der Jugendpolitik zu spüren war, ist auch in einigen Dokumenten zu finden, die nach dem Kongress erschienen sind, so etwa im Jugendkommuniqué des Politbüros von 1963 und vor allem im zugehörigen Jugendgesetz von 1964.

Zu den beiden Kongressen der 1970er Jahre:

Heute werden die 1970er Jahre oft mit beginnendem Neo-Liberalismus und mit einem Bedeutungsverlust der sozialistischen Gegenkultur in Zusammenhang gebracht. Auf den beiden Pädagogischen Kongressen zeigt sich dieser

Bedeutungsverlust in (für mich) beklemmender Weise. Die Erziehung hieß jetzt kommunistisch, und neben dem Klassendenken, der Orientierung auf «unsere Sache», schien es nichts anderes mehr zu geben. Moralische Eigenschaften der Jugend wie bewusste Disziplin und Opferbereitschaft sollten immer größere Bedeutung erlangen. Die Jugend sollte befähigt werden, das Werk der Väter zu vollenden. Was die Jugend wirklich vom Werk der Väter hielt, zeigten in diesem Zeitraum sowohl heftig diskutierte Kunstwerke als auch Ergebnisse von soziologischen Forschungen.

Im Unterschied zu den anderen acht Pädagogischen Kongressen wurde der IX., der im Juni 1989 stattfand, im Rahmen der sogenannten Aufarbeitung der DDR-Geschichte sehr intensiv reflektiert, dabei mehrheitlich abfällig kommentiert. Im Vorfeld des Kongresses waren wissenschaftliche Dokumente vorgelegt worden, mit der klaren Aussage, dass «nicht mehr ebenso erzogen werden kann, wie in den Jahrzehnten davor». Auf dem Kongress selbst ist nicht mehr von kommunistischer Erziehung die Rede, sondern wieder von sozialistischer. Die Kategorie Menschlichkeit und der Blick auf die Menschheit als Ganzes spielen eine sehr viel größere Rolle als zehn Jahre zuvor. Auffällig ist auch eine verstärkte Betonung der individuellen Stärken der Kinder. Und der Auftrag an die junge Generation lautet jetzt auch nicht mehr, das Werk der Väter fortzuführen. Stattdessen heißt es mit Bezug auf Clara Zetkin, dass die „reife, kämpfende Generation des klassenbewussten Proletariats […] verpflichtet ist, für das Heranwachsen eines Geschlechts zu sorgen, das ihr eigenes Werk im besten geschichtlichen Sinn weiterführt“. Die Weiterführung im besten geschichtlichen Sinn – das lässt Raum für Eigenes.

Alles in allem lässt sich aus den Dokumenten schließen: Dass nicht mehr ebenso gebildet und erzogen werden konnte wie in den Jahrzehnten zuvor, war auf höchster politischer Ebene angekommen – auf der Grundlage der Reformüberlegungen aus den pädagogischen Wissenschaften und sicherlich auch unter dem Druck der Massenflucht von jungen Leuten. Wie stattdessen gebildet und erzogen werden sollte, war auf politischer Ebene wohl nicht geklärt. Insofern sprechen die Dokumente des IX. Kongresses aus meiner Sicht vor allem für Hilflosigkeit. Vergleichbar mit Kunstwerken aus dieser Zeit, etwa mit dem DEFA-Film „Jadup und Boel“, der mit der Botschaft an die Kinder endet: Macht es besser als wir!

Autorreferat

In der Reihe MANUSKRIPTE der Rosa-Luxemburg-Stiftung erschien im Februar 1945 die Publikation:
Renate Ullrich / Eva Kaufmann / Ursula Schröter: Kinder-Bilder in der DDR: Nachträgliche Entdeckungen in ausgewählten bildungspolitischen Dokumenten, literarischen Werken und DEFA-Filmen für Erwachsene. Drei Studien. – Als PDF-Datei downloadbar unter
http://www.rosalux.de/publication/41255/kinder-bilder-in-der-ddr.html

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Bergmann, Theodor: Sozialisten, Zionisten, Kommunisten. Die Familie Bergmann-Rosenzweig – eine kämpferische Generation im 20. Jahrhundert, VSA: Verlag, Hamburg 2014. 102 S., Abb.
ISBN 978-3-89965-615-2.

Theodor Bergmann, Jg. 1916, ist Autor, Herausgeber und Übersetzer zahlreicher Publikationen zur Agrarpolitik und zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. In seiner jüngsten Veröffentlichung beschreibt er in kurzen biografischen Skizzen das Schicksal seiner Eltern und Geschwister sowie 13 weiterer Mitglieder seiner Familie. Diese Generation war geprägt von den politischen und sozialen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Ein einführender Überblick macht den Leser mit den Zeitumständen vertraut, in denen sich eine jüdische Familie behaupten musste. Die acht Kindern des liberalen Rabbiners Julius Bergmann wandten sich den Naturwissenschaften zu, studierten Chemie, Physik, Jura, andere wurden Ärzte, Buchdrucker, Agrarwissenschaftler, Lehrer. Sie alle – wie auch die hier aufgeführten Nachkommen der Familie Bergmann-Rosenzweig – setzten sich kritisch mit den politischen Strömungen und Bewegungen ihrer Zeit auseinander. Sie wurden Kriegsgegner, Antifaschisten, Sozialisten, Zionisten oder Kommunisten. Frühzeitig durchschauten sie das Wesen des Hitlerfaschismus und verließen Deutschland. Bis auf Alfred Rosenzweig – auch er war bereits in vermeintlicher Sicherheit und wurde dann von der Schweizer Fremdenpolizei an die Gestapo ausgeliefert – überlebten alle den Naziterror. Einige der Anverwandten gingen nach Israel und kämpften für den Aufbau ihres Staates. Als Linke setzten sie sich für einen israelisch-palästinensischen Ausgleich und die Gleichberechtigung der Völker ein. Als Beispiel für diese Haltung ist in dem Büchlein ein von Arthur Bergmann 1973 geschriebener Aufsatz abgedruckt (S. 39-46), in dem er eine Neuordnung des Denkens und politische Schritte zum Frieden fordert.

Die Biografien werden zum Teil mit weiterführenden Literaturangaben ergänzt. Fotografien machen die dargestellten Personen anschaulich. Es lohnt, über die Lebenswege dieser bemerkenswerten Familie nachzulesen.

Dagmar Goldbeck

Wladislaw Hedeler / Mario Keßler (Hrsg.): Reformen und Reformer im Kommunismus. Für Theodor Bergmann. Eine Würdigung. Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, VSA: Verlag, Hamburg 2015, 428 S. ISBN 978-3-89965-635-0[1].

Der Band ist dem nahenden 100. Geburtstag von Theodor Bergmann gewidmet, der 1929 zur KPD-Opposition und damit zu Stalins kommunistischen Kritikern gestoßen war. Bergmann wollte nicht, dass der Band eine Festschrift aus Anlass seines Jubiläums wird.

Im ersten Teil sind acht Beiträge dem Thema „SBZ und DDR: Reform und kommunistische Opposition“ gewidmet. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Beiträge von Thomas Kuczynski und Henning Flaskamp zu Fritz Behrens, dessen Reformkonzepte sich von anderen

[1] Die Langfassung dieser Buchbesprechung ist unter http://www.fabgab.de/ nachlesbar.

Reformern dadurch unterschieden, dass er von der Notwendigkeit einer systemtranszendenten Reform ausging. Flaskamp hebt hervor, dass Behrens den real existierenden Sozialismus als „linken Staatsmonopolismus“ charakterisierte. Er hielt ihn für keine Entartung oder Deformation des Sozialismus und ebenso für keine Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus bzw. gar schon Kommunismus, sondern für eine selbständige gesellschaftliche Formation. Indem Kuczynski auf die Auseinandersetzung von Behrens mit Bahro hinweist, beleuchtet er Behrens Bewertung der Eigentumsverhältnisse in der DDR. Das Staatseigentum sei noch kein gesellschaftliches Eigentum gewesen, sondern noch eine Form privaten Produktionsmitteleigentums. Alle ökonomischen Entscheidungsbefugnisse und Aneignungsrechte hätten nicht bei den Produzenten selbst gelegen, sondern bei einer über die staatlichen Machtmittel verfügenden Politbürokratie. Flaskamp‘s Behauptung, dass Behrens seine Texte „für die Schublade“ geschrieben habe, trifft wohl nicht ganz dessen Intentionen. Von Gerhard Zwerenz ist überliefert, dass Behrens eine Publikation anstrebte: „Seine Bitte an mich, für die Publikation im Westen zu sorgen, scheiterte an der Borniertheit unserer BRD-Verlage und auch an meinem gebremsten Engagement, hatte doch Frau Behrens mich unter vier Augen gebeten, dem Wunsch ihres Mannes nicht zu entsprechen, denn neuerliche Aufregung, hervorgerufen durch eine Veröffentlichung im Westen und die darauf wieder einsetzende Repression durch SED und DDR, könnten das Leben von Fritz gefährden, der sich eben erst von seinem zweiten Herzinfarkt erholte.“

Zehn Beiträge, auf die im Einzelnen nicht eingegangen werden kann, sind dem Thema „Kritiker und Reformer in Ost und West“ gewidmet. Mit dem Thema „Die VR China: Reformen mit offenem Ausgang“ befassen sich fünf Autoren. Theodor Bergmann spannt den Bogen von Liu Shaoqui bis Deng Xiaoping. Dengs Kurs auf Schaffung einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ orientiere sich an einem langen zeitlichen Rahmen für den Übergang zum Sozialismus. Die sozialistische Gesellschaft werde kein Paradies sein, sondern eine Gesellschaft mit Widersprüchen.

Siegfried Prokop

Hermann Weber, Jakov Drabkin, Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Deutschland, Russland, Komintern II. Dokumente (1918–1943). Reihe: Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts, 3 Bände, De Gruyter, Berlin/Boston 2014, ISBN 978-3-11-034168-3.

Zu dem in der Reihe Archive des Kommunismus erschienenen Bänden gehören der zusammenfassende Band 5 „Überblicke, Analysen, Diskussionen“ (477 S.) der Autoren Hermann Weber, Jakow Drabkin, Bernhard H. Bayerlein sowie Aleksandr Galkin und die beiden voluminösen Dokumentenbände (Bd. 6/1, S. 11-938 und 6/2, S. 938-1724). Deren wissenschaftliche Bearbeitung lag in den Händen von Bernhard H. Bayerlein und Gleb J. Albert, die auch für die Übersetzungen aus dem Russischen, Französischen und Englischen verantwortlich zeichnen.

Nach der Archivrevolution eröffnet die Edition den Zugang zu zahlreichen neuerschlossenen Quellen der Geschichte der KPD, der KPdSU, der deutsch-russi-

schen Beziehungen und der Komintern zwischen 1917/18 und 1923 und einen analytischen Überblick, letzterer ergänzt um eine knappe Übersicht zu einigen Entstehungsphasen der internationalen Arbeiterbewegung.

Hilfreich für die Nutzer der Bände sind Angaben zu den Archiven, ein Abkürzungsverzeichnis sowie ein opulentes Literaturverzeichnis (knapp 70 S., alphabetisch nach Verfassern geordnet) und schließlich ein ausführliches Orts- und Personenregister (S. 1725-1840).

Die knapp 3.000 Seiten vorbildlich editierter Quellen haben ihren Preis: Bd. 5 kostet 39,95 €, die Bde. 6/1 und 6/2 kosten 159,95 €. Die eBook-Fassungen der drei Bände sind frei und kostenlos zugänglich:
http://www.degruyter.com/viewbooktoc/product/186108 und
http://www.degruyter.com/viewbooktoc/product/212875.

Mit diesem Verfahren lässt es sich gut arbeiten, man kann einzelne Seiten, auch einzelne Dokumente oder Fußnoten, lesen und/oder kopieren.

Die Edition kommentiert und dokumentiert einen wichtigen Ausschnitt der Zeitgeschichte in einem hohen Maß an Neuigkeitswert, Dichte und Genauigkeit an Hand von 544 detailliert, sowie weiteren annähernd 1.000 referierend wiedergegebenen Dokumenten – letztere aus dem Politbüro der KPdSU. 300 Erstveröffentlichungen, mehr als die Hälfte davon (160) deutsche Erstveröffentlichungen, beleuchten das Verhältnis zwischen Kommunistischer Internationale, Sowjetrussland und Deutschland neu.

Von 5.445 zwischen 1917 und 2000 veröffentlichten Quellenbänden weltweit wurden allein im Jahrzehnt von 1991 bis 2000 1.132 Quellenbände herausgegeben. Durch die Einbeziehung des gegenwärtigen Forschungsstandes erweitern, korrigieren und vertiefen die drei Bände den Blick auf die Geschehnisse zwischen 1918 und 1943 grundlegend.

In einer ausgefeilten archivwissenschaftlich orientierten Darstellungsform werden bisher kaum genutzte Quellentypen erschlossen. Der Dreibänder nutzte bislang gesperrte Stalin-Quellen, das Komintern-Archiv und das historische Archiv der KPD. Letztere öffneten sich zwar weitgehend, aber nach wie vor nicht vollständig.

Eine ausgefeilte quellengestützte Recherche, die sich in einem dichten Netz von erklärenden, korrigierenden, erweiternden Anmerkungen ausweist, liefert zudem wesentlichen Erkenntnisgewinn.

Zu den wichtigsten 15 genutzten europäischen Archiven gehören vom Archiv der Künste zu Berlin (u.a. Heinrich Mann-Quellen), Bundes- bzw. Nationalarchive in Berlin, Paris und der Schweiz, das Archiv Russlands für soziale und politische Geschichte und das Militärarchiv Russlands (mit Beständen zu Münzenberg, Thälmann, Stalin, Kujbyschew, Zinowjew, Radek usw.) bis zum Schweizerischen Bundesarchiv (Bern). Dazu kommt ein weiteres Dutzend von Archiven und Bibliotheken in Berlin, München, Freiburg i. B., Amsterdam und Paris.

Neu erschlossen wurden geheime und persönliche Grundsatzdokumente, Briefe und Korrespondenzen sowie weitere Dokumente, „dahingekritzelte“ Briefe oder Trinksprüche Stalins, bisher nie publizierte offizielle Beschlüsse des Politbüros der KPdSU und der Komintern.

Minutiös nachgezeichnet und in einem beeindruckenden wissenschaftlichen Ap-

parat bis in letzte Verästelungen hinein er- bzw. geklärt, dokumentieren sie – spannend, aber zeitaufwendig zu lesen – ein eindrucksvolles Bild von weltbewegenden Geschehnissen, historischen Leidenschaften und individuellem wie gesellschaftlichem Engagement.
Gerd Kaiser

Marcel Bois: Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die Linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung. Klartext Verlag, Essen 2014, 613 S.
ISBN 978-3-83751-282-3.

Der Gegenstand dieser voluminösen Dissertation ist, das schreibt der Autor selbst, weitgehend vergessen und auch im Rückblick nicht einfach zu definieren: die Linke Opposition in der Weimarer KPD. Dennoch hebt er zu Recht hervor, dass sie mit ihren zeitweise mindestens 20.000 Anhängern ein ernstzunehmender Faktor in der Arbeiterbewegung war. Zu ihren Verdiensten gehört nicht zuletzt ihre relativ frühzeitige Warnung vor der Stalinisierung der kommunistischen Weltbewegung, aber auch vor dem aufkommenden Faschismus in Deutschland. Der Autor lässt dabei nicht unerwähnt, dass die Linken durch ihre Politik in der Parteiführung von 1924 bis 1925 unter dem Schlagwort der „Bolschewisierung“ erhebliche Mitverantwortung an der autoritären Umformung der KPD hatten. Und damit an einer Politik, der sie dann selbst zum Opfer fielen. Ihr Scheitern im Kampf um die Partei führt Bois plausibel auf eine Reihe von Ursachen zurück. Ein ganz zentraler Punkt war ihre interne Zerstrittenheit und, besonders nach dem Ausschluss vieler Linkskommunisten aus der KPD, ihre organisatorische Zersplitterung in weitgehend bedeutungslose Kleingruppen. Die Rekonstruktion ihrer Strukturen und ideologischen Positionen inner- wie außerhalb der KPD bildet einen der beiden Schwerpunkte der vorliegenden Studie. Akribisch und doch immer gut lesbar führt sie den Leser durch das komplexe Geflecht ihrer Entwicklung. Als hilfreich erweist sich dabei der Anhang, der u.a. eine Kurzbeschreibung aller Gruppen und einen „Stammbaum“ enthält (S. 533-541).

Im Anschluss an die organisatorische Geschichte liefert der Band eine detaillierte Untersuchung der Sozialstruktur der Linken Opposition. Dabei wird auf eine erheblich umfangreichere Datengrundlage als in bisher vorliegenden Studien zurückgegriffen, die Informationen zu 1.260 Personen auswertet (S. 396). Leider bleibt etwas unklar, woher die Daten im Einzelnen kommen. In diesem Abschnitt lässt sich Aufschlussreiches über die regionale Verteilung der linken Oppositionellen erfahren, aber auch zu ihrer sozialen Herkunft, ihren Parteikarrieren, ihrem Alter und Geschlecht. So entsteht eine Kollektivbiografie, die in mancher Hinsicht auch mit verbreiteten Vorstellungen aufräumt. Der idealtypische Linksoppositionelle war beispielsweise keineswegs, wie gerade von Gegnern immer wieder behauptet wurde, ein Intellektueller, sondern ein Arbeiter (S. 404).

Wesentlich knapper fällt dagegen die Behandlung der konkreten politischen Aktivitäten der Linken Opposition aus (S.478-510). Das ist zwar sehr lesenswert. Aber zu diesem Aspekt hätte man von einem Band, der schon im Titel den Anspruch erhebt, eine Gesamtdarstellung zu sein, deutlich mehr erwartet.

Der Arbeit liegt ein breiter Quellenkorpus zugrunde. Neben zahlreichen in- und ausländischen Archiven werden Protokolle, Periodika und nicht zuletzt der für die späteren Jahre ergiebige Briefwechsel von Leo Trotzki ausgewertet. Hervorzuheben ist zudem eine Auflistung wichtiger Bücher und Broschüren, welche die Gruppen selbst publizierten (S. 474-477).

Insgesamt hat B. eine materialreiche Studie vorgelegt, die, inhaltlich und sprachlich auf hohem Niveau, einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des Weimarer Kommunismus leistet.

Axel Weipert

Siegfried Mielke/Stefan Heinz (Hrsg.), unter Mitarbeit von Marion Goers: Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung (= Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration, Bd. 1), Metropol Verlag, Berlin 2012, 615 S.
ISBN 978-3-86331-059-2.
Stefan Heinz/Siegfried Mielke (Hrsg.): Funktionäre des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung (= Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration, Band 2), Metropol Verlag, Berlin 2012, 304 S., Abb. ISBN: 978-3-86331-062-2.[1]

Die Publikation *Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) im NS-Staat* ist als biografischer Sammelband konzipiert. Mit außerordentlicher Akribie erforschten und skizzierten die Autoren Lebenswege sowie das soziale und politische Umfeld von 82 im antifaschistischen Widerstand stehenden Gewerkschaftsfunktionären.

Einleitend gehen die Autoren auf die Probleme der gewerkschaftlichen Politik gegen die NS-Diktatur ein, die zunächst zwischen Anpassung und Widerstand angesiedelt war. Im Ergebnis des brutal einsetzenden Terrors gegen die Gewerkschaften am 2. Mai 1933 erkannten sie jedoch sehr schnell, dass es galt, aktiven Widerstand zu organisieren. Entgegen verbreiteten Vorstellungen belegen die Autoren, dass sich der gewerkschaftliche Widerstand gegen die NS-Diktatur über ganz Deutschland erstreckte.

Am Beispiel der Aktivitäten der Widerstandsgruppen des DMV werden die bislang nicht bekannte Vielfalt und der oft unterschätzte Umfang der illegalen Tätigkeit in allen ehemaligen Bezirken des Verbandes gezeigt. Eine maßgebliche Ursache des Widerstandes bestand darin, die wegen politischer Unzuverlässigkeit fristlos entlassen hauptamtlichen Mitarbeiter des DMV im Ringen um ihre ausstehenden Gehälter und Pensionsrechte zu unterstützen.

Zu diesem Zweck fand bereits Ende Mai 1933 ein Treffen der DMV-Funktionäre in Berlin statt, dem im Verlauf des Jahres weitere folgten, mit dem Ergebnis, dass sich die Teilnehmer im Herbst 1933 in lockerer Form zu einer illegalen Gruppe zusammenschlossen. Zeitgleich wurde in einem Sondierungsgespräche mit dem SPD-Spitzenfunktionär Paul Hertz in der Tschechoslowakei erörtert, wie unter den Bedingungen der Illegalität die Gewerkschaften neu zu organisieren seien. Besprochen wurde auch das Beschaffen von Informationen über die Lage in Deutschland und deren Verbreitung.

Die Autoren weisen nach, dass sich die DMV-Widerstandsgruppe, ausgehend von Berlin, in den ehemaligen Verbandsbezir-

[1] Die Langfassung dieser Doppelrezension ist unter http://www.fabgab.de/ nachzulesen.

ken Halle und Dresden Zentren des illegalen Wirkens schuf. Illegale Netzwerke entstanden ferner in Erfurt, Hamburg und Magdeburg, die bis nach Ostpreußen reichten. Im Zentrum des illegalen Kampfes standen die Sammlung Gleichgesinnter, das Sammeln von Informationen über die Stimmung unter den Arbeitern in den Betrieben sowie über die Rüstungsproduktion, das Verbreiten aus der ČSR eingeschmuggelter illegaler Tarnschriften und Flugblätter.

Ende 1934/Anfang 1935 kam die Gestapo auf die Spur der DMV-Widerstandsgruppen, die im Laufe einer mehrmonatigen Hetzjagd zerschlagen wurden. Dennoch setzen nicht von der Gestapo erfasste illegale Zirkel im Reichsgebiet bis zum Mai 1945 das illegale Wirken in unterschiedlichen Formen fort.

Die vorgestellte Publikation über den Widerstand von Funktionären des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird ergänzt durch die Herausgabe des Bd. 2: *Funktionäre des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins (EVMB) im NS-Staat*. Auch die Geschichte, die Strukturen und der illegale Widerstand dieses Verbandes sind kaum bekannt.

In konzentrierter Form gehen die Verf. auf die Gründung des Verbandes im Ergebnis des Berliner Metallarbeiterstreiks vom Oktober 1930 und seine Entwicklung zum „roten Kampfverband“ in der Revolutionären Gewerkschaftsorganisation (RGO) ein. Eingangs wird – unterstützt durch Dokumente und Fotos – die Tätigkeit des EVMB von seiner Gründung bis zum Ende der Legalität am 30. Jan. 1933 skizziert. Im Gegensatz zu den Arbeiterparteien KPD und SPD sowie anderen gewerkschaftlichen Organisationen bereitete sich der Verband ab Sommer 1931 auf eine mögliche Illegalität vor. Dennoch traf der beispiellose Terror nach der Errichtung der NS-Diktatur auch den EMVB unvermittelt. Die Verf. verdeutlichen, dass der Verband sofort zum Widerstand aufrief, Maßnahmen ergriff, um unter den veränderten Bedingungen den Kontakt zu den Mitgliedern zu organisieren, und eine umfangreiche antifaschistische Agitation entwickelte.

Die illegale Arbeit des Verbandes konzentrierte sich auf vier Bereiche: die antifaschistische Propaganda in den Berliner Betrieben, das Sammeln und Auswerten von Stimmungsberichten aus den Unternehmen, das Verteilen illegaler Zeitungen und Flugschriften sowie das Kassieren von Beiträgen, um die illegale Tätigkeit zu finanzieren.

Mittels umfangreicher Recherchen konnte nachgewiesen werden, dass der EMVB im gesamten Stadtgebiet Berlins ein illegales Netz aufbaute, das bis Dezember 1933 in 18 konspirative Bezirke untergliedert war, denen 800 bis 1.000 Antifaschisten angehörten.

Ende 1933 gelang es der Gestapo, durch Spitzel in die illegale EVMB-Organisation einzudringen und weitgehende Verhaftung innerhalb des Funktionärsapparates vorzunehmen. Ungeachtet dessen organisierte sich der illegale Verband erneut. Er umfasste nach eigenen Angaben noch über 400 Mitglieder, die in 30 Berliner Betrieben und in 17 Erwerbslosen-Gruppen der Stadt wirkten.

Im Zentrum auch dieser Publikation stehen – wie im vorangestellten Bd. 1 der Reihe – die Biografien der Funktionäre des illegalen Verbandes. Die Konzentration auf ausführliche Biografien ist ein besonderer Vorzug beider Bände. An Hand von Lebensbildern gewinnen die Leser

einen detaillierten Einblick in das umfangreiche illegale Wirken der Gewerkschafter. Interessant ist es auch, die Lebenswege der EVMB-Funktionäre nach der Befreiung vom Faschismus zu verfolgen. Nicht wenige von ihnen waren in der DDR, der BRD bzw. in Westberlin als Gewerkschaftsfunktionäre aktiv; einige enthielten sich dagegen einer neuerlichen Tätigkeit in Gewerkschaften oder Parteien.

Beide Bücher bestechen durch eine immense und mit sehr großer Sorgfalt vorgenommene Erschließung und Auswertung neuer Quellen. Ein umfangreiches Personenregister nebst Abkürzungsverzeichnis ergänzt die Bände.

Mit beiden Büchern wird eine empfindliche Lücke in der Geschichtsschreibung geschlossen, da die Geschichte des illegalen Widerstandes der Gewerkschafter, bislang nicht nur im öffentlichen Bewusstsein wenig Beachtung fand. Weitere biografische Studien zur Thematik – über die Metallarbeiterverbände hinaus – sollten folgen.

Günter Wehner

Annette Neumann / Bärbel Schindler-Saefkow: „Die Freiheit, sie ist das Erntegut." Widerstand in der Askania Werke AG gegen das NS-Regime. Ein Beitrag zum Berliner Arbeiterwiderstand im Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von der Initiative zur Erinnerung an den Arbeiterwiderstand gegen das NS-Regime, Berlin 2013, 98 S., Abb.

Die Publikation ergänzt die bisherigen Veröffentlichungen zum Berliner Arbeiterwiderstand gegen den Nationalsozialismus anhand eines Betriebes. Die Askania Werke AG, ein bedeutendes NS-Rüstungsunternehmen, beschäftigte im Jahre 1944 ca. 24.000 Menschen, davon schätzungsweise ein Viertel zur Zwangsarbeit verschleppte Bürger anderer europäischer Staaten (S. 6).

Die Autorinnen zogen bei ihrer Recherche vor allem Aktenbestände der SAPMO (BArch), des Landesarchivs Berlin, der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes sowie Unterlagen aus Privatbesitz heran.

Die Widerstandsgruppe bei Askania hatte zunächst Verbindung zur illegalen Organisation um Robert Uhrig und gehörte 1943/44 – nach deren Zerschlagung durch die Gestapo – zur Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation. Hier liegt der Schwerpunkt der Broschüre. Eine schematische Darstellung veranschaulicht Aufbau und Verbindungen der Organisation (in und außerhalb Berlins) (S. 13) sowie ein Kartenausschnitt die Vielzahl angeschlossener Betriebsgruppen (S. 14). Kapitelübergreifend gewähren die Texte einen Einblick in die unterschiedlichen Formen illegaler Arbeit: über das Knüpfen von Verbindungen, das Sammeln von Geld und Lebensmittelmarken, das Herstellen und Verbreiten von Flugblättern und Handzetteln, die Solidarität mit verfolgten jüdischen Bürgern und ausländischen Zwangsarbeitern bis zu Sabotageakten in der Rüstungsproduktion. Geschildert werden ferner die Verhaftungswelle und die 1944/45 vor dem „Volksgerichtshof" geführten Prozesse – durch Aktenkopien, Fotos sowie Briefe zum Tode verurteilter Antifaschisten an ihre Angehörigen dokumentiert. Detaillierte Einblicke in die illegale Arbeit sowie die Lebensumstände der Antifaschisten gewähren zehn – teils unveröffentlichte – Lebensberichte und Erinnerungen. Sie werden ergänzt

durch 61 Kurzbiografien illegaler Kämpfer bei Askania und deren Kontaktpersonen. Ein Abkürzungsverzeichnis rundet die Broschüre ab, die einen wichtigen Beitrag zur Mahnung und Erinnerung und zur politischen Bildung darstellt.
Birgid Leske

Erwin Lewin: Das II. ZK-Plenum der KP Albaniens 1944 – Versuch einer Wende in der Politik. Dokumentation, Privatdruck, Berlin 2014, 82 S. - Bezug: erwinlewin@yahoo.de, 10,00 Euro.

Es ist angezeigt, in unseren Mitteilungen auf die obige Dokumentation des Historikers und Albanologen E. Lewin aufmerksam zu machen. Die Materialien des II. ZK-Plenums der KP Albaniens – es tagte am Vorabend der Befreiung des Landes von faschistischer Besatzung Anfang 1944 – sind erst ab 1996 zugänglich. Zum ersten Mal werden in deutscher Übersetzung drei der auf diesem Plenum gehaltenen Reden präsentiert – von Nako Spirus, Sejfulla Maleshovas und Enver Hoxhas. Sie wurden ausgewählt, weil sie am klarsten den angestrebten Neuansatz der Partei für mehr Offenheit, demokratische Verhältnisse und toleranten Umgang sowie eine breitere Einbeziehung unterschiedlicher Kräfte in die wirtschaftliche und politische Neugestaltung der albanischen Nachkriegsgesellschaft widerspiegeln. Zusammen mit seiner profunden Einleitung ist es Lewin sehr gut gelungen, den Lesern in Deutschland neue aussagekräftige Materialien über einen hierzulande wenig bekannten Abschnitt der Geschichte Albaniens und der KP Albaniens (ihres Platzes und ihrer Rolle in der albanischen Gesellschaft, ihrer Beziehungen zu anderen Kräften des Widerstandes gegen die faschistischen italienischen und deutschen Besatzer) näher zu bringen. Die vorliegende Publikation sei vor allem denjenigen empfohlen, die daran interessiert sind, die folgenden Entwicklungen auf dem Balkan mit seinen bis heute ungelösten Problemen besser zu verstehen.
Rainer Holze

Bewahren – Sanieren – Nutzen. 25 Jahre Engagement für das Bauhaus-Denkmal Bundesschule Bernau (= Beiträge zur Bau- und Nutzungsgeschichte H. 8), Bernau 2015, 128 S.

Der Verein baudenkmal bundesschule bernau e.V. hat zum 25. Jahrestag seiner Gründung ein weiteres Heft seiner Publikationsreihe vorgelegt. Für die Anerkennung, die sich dieser Verein mittlerweile erworben hat, spricht nicht nur das Grußwort des brandenburgischen Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke, sondern auch die Tatsache, dass die denkmalpflegerische Leistung dieser Gemeinschaft mit Preisen ausgezeichnet wurde. Zurzeit darf sie hoffen, dass das von ihr betreute Bauhaus-Denkmal in die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO aufgenommen wird. Bis dahin – so belegt diese Schrift – war ein weiter Weg zurückzulegen, auf dem auch viel Ignoranz und Arroganz zu überwinden waren. Darüber berichten verdiente Vereinsmitglieder in Interviews und Erinnerungsbeiträgen. Hervorhebenswert ist die Gesamtschau des langjährigen Vereinsvorsitzenden Heinz Deutschland, der auch unserem Förderkreis angehört. Der Rückblick auf die Vereinsgeschichte findet seine Ergänzung in architekturhistorischen Beiträgen. Gewürdigt wird nicht nur die Leistung des berühmten Architekten Hannes Meyer, sondern auch

die seines weniger bekannten Kollegen Hans Wittwer. Ein Beitrag trägt – die aktuelle Nutzung berücksichtigend – die Überschrift „Von der ‚Bundesschule des ADGB' zum ‚Meyer-Wittwer-Bau'". Das gut gelungene Heft ist reich illustriert, ergänzt die bereits in Heft 5 der Schriftreihe erschienene Chronik mit Daten der Jahre 2005 bis 2015 und enthält ein Personenverzeichnis.

Der Förderkreis nutzt die Gelegenheit, um dem uns freundschaftlich verbundenen Verein baudenkmal bundesschule bernau zu seinem 25jährigen erfolgreichen Wirken zu gratulieren.
Günter Benser

Siegfried Prokop/Dieter Zänker (Hrsg.): Einheit im Geistigen? Protokolle des Präsidialrates des Kulturbundes 1945 – 1948 (= Schriften zur Geschichte des Kulturbundes, Bd. IV; Edition Zeitgeschichte, Bd. 56), Kai Homilius Verlag, Berlin 2015, 519 S., Abb. ISBN 978-3-89706-824-7.

Unmittelbar vor dem 70. Jahrestag der Gründung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands am 3. Juli 1945 (ab Febr. 1958 Deutscher Kulturbund, seit Okt. 1972 – März 1990 Kulturbund der DDR) legten die ausgewiesenen Kenner der Entwicklung dieser kulturellen Vereinigung, der Historiker Siegfried Prokop und der im März 1990 gewählte Bundesgeschäftsführer des neubegründeten Kulturbundes e.V. Dieter Zänker, die o.a. Edition vor.

Die vorliegende Dokumentation einer archivalischen Quellengruppe von besonderer Aussagekraft ergänzt die bisherigen Veröffentlichungen des Autors Prokop bzw. der Herausgeber Prokop und Zänker. Die „Mitteilungen des Förderkreises…" (MFK) haben sowohl die von Prokop verfassten[1] als auch die in der gemeinsamen Herausgeberschaft mit Zänker[2] verantworteten Publikationen zur Geschichte des Kulturbundes vorgestellt. Auch auf Veröffentlichungen anderer Autoren, die sich mit dieser Thematik befassten, wie z.B. die von Karl-Heinz Schulmeister (langjähriger Bundessekretär bzw. bis März 1990 Erster Bundessekretär des Kulturbundes der DDR), machten die MFK ihre Leserschaft aufmerksam.[3] Andreas Zimmer konnte an dieser Stelle sein Promotionsprojekt „Vom Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands zum Kulturbund der DDR – eine ostdeutsche Kulturvereinigung im Wandel der Zeit (1945 – 1990)" vorstellen.[4]

Völlig zu Recht haben sich die Hrsg. für die Edition der im Bestand DY 27 „Kulturbund der DDR" in der SAPMO (BArch) Berlin überlieferten Protokolle des Präsidialrates der Kulturorganisation entschieden. Dem Präsidialrat oblag 1. die Festlegung der kulturpolitischen Richtlinien der Tätigkeit des Kulturbundes und 2. dessen Vertretung nach außen. Damit besaß diese Organisationseinheit innerhalb des Kulturbundes bis zu dessen Erneuerung im März 1990 Entscheidungsbefugnisse besonderer Art.

Der Präsidialrat des Kulturbundes war in den Jahren 1945 – 1948 interzonal, plural und überparteilich zusammengesetzt. Das entsprach dem auf der Grün-

[1] MFK, Nr. 38, September 2010, S. 34/35; MFK, Nr. 40, September 2011, S. 43/44.
[2] MFK, Nr. 32, September 2007, S. 30; MFK, Nr. 37, März 2010, S. 33/34.
[3] MFK, Nr. 40, September 2011, S.42/43.
[4] MFK, Nr. 42, September 2012, S. 39-42. Die Dissertation wurde 2013 an der Universität Leipzig erfolgreich verteidigt.

dungskundgebung in Berlin am 3. Juli 1945 mit ca. 1.500 Teilnehmern aus ganz Deutschland angenommenen „Manifest“ und dem Programm, das die Ziele des Kulturbundes in sieben „Leitsätzen“ formulierte. Im Präsidialrat präsentierte sich in den Anfangsjahren ein breites Spektrum der Gesellschaft. So waren Hochschulprofessoren (wie der Philologe Walter F. Schirmer, der Slawist Max Vasmer, der Historiker Walter Holtzmann), Schriftsteller (Günther Weisenborn, Paul Wiegler), Vertreter der evangelischen Kirche (u.a. Friedrich-Wilhelm Krummacher), der katholischen Kirche (u.a. Pfarrer Melchior Grossek), Künstler verschiedener Bereiche (u.a. der Maler Carl Hofer, die Bildhauerin Renée Sintenis, der Schauspieler Eduard von Winterstein) sowie Vertreter verschiedener in Berlin zugelassener Parteien vertreten. Zu Letzteren gehörten bis zu ihrem Ausschluss aus dem Kulturbund die beiden Vertreter der CDU Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg und Dr. Ernst Lemmer, seitens der SPD Gustav Dahrendorf und von der KPD u.a. Anton Ackermann, Hans Mahle, Otto Winzer. Als Wendepunkt in der personellen Zusammensetzung und der Organisationsstruktur des Kulturbundes sowie dessen gesamter Arbeit überhaupt ist das Jahr 1948 anzusehen – das Jahr des ersten Höhepunkts der sich verstärkenden politischen Ost/West-Auseinandersetzung.

Der Edition der Präsidialrats-Protokolle ist eine ausführliche historische Einführung vorangestellt. In drei Kapiteln (Der Präsidialrat in der Phase der Konstituierung, Entfaltung des Präsidialrates als Dialog-Forum, Der Bruch mit der Überparteilichkeit) skizziert Prokop die historischen Rahmenbedingungen, in denen sich das umfassende kulturpolitische Wirken der Organisation unmittelbar nach der Befreiung Deutschlands durch die Alliierten 1945 bis zum Beginn des „Kalten Krieg“ vollzog.

Die Dokumentation der Präsidialrats-Protokolle beginnt mit der Wiedergabe des „Gründungsprotokolls“ des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands vom 8.8.1945. Es folgt der Abdruck der Präsidialrats-Sitzungsprotokolle zwischen dem 24.8.1945 und dem 12.11.1948. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Verlaufsprotokolle, aus denen sich für den Leser der Prozess der Meinungsbildung einzelner Mitglieder des Gremiums sehr gut erschließen lässt. Sofern Anlagen (z.B. Berichte, Beschlüsse zu einzelnen Beratungspunkten überliefert sind, werden diese im Anschluss wiedergegeben. Auf ihr fehlen wird in Anmerkungen (z.B. S. 69, 72, 99, 100, 104) und in Einzelfällen ersatzweise auf publizierte Quellen (bspw. Presseorgane) verwiesen. Von der Beratung des Präsidialrates am 15.7.1948 ist lediglich die Anlage mit dem Bericht des Generalsekretärs des Kulturbundes Heinz Willmann („Drei Jahre Kulturbund“) überliefert.

Die in der Edition im Volltext wiedergegebenen Anlagen bzw. Einzeldokumente sind von außerordentlicher Aussagekraft. Sie stellen neben den von den Präsidialratsmitgliedern gehaltenen Redebeiträgen in den Verlaufsprotokollen wichtige Wegmarken der Entwicklung des Kulturbundes in den Jahren 1945-1948 dar. Das trifft im Einzelnen auf folgende Dokumente zu: Aufruf des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands an die geistige Emigration im Ausland (Entwurf vom 6.11.1945 als Anlage erwähnt, veröffentlicht in: „Deutsche Volkszeitung“ vom 17.11.1945 – beide Dokumente in

der Edition nicht publiziert); Bericht vom 9.1.1946 über die Arbeit des Kulturbundes seit seiner Gründung; Deutschlands Einheit und Einigkeit. Eine Entschließung des Kulturbundes (veröffentlicht in der Zeitung „Das Volk“ vom 13.3.1946); Entschließung des Kulturbundes zur Frage des Volksentscheides in Sachsen vom 24.6.1946. Eine als „Aufruf des Kulturbundes“ bezeichnete und zugleich mit weiteren Unterzeichnern erweiterte Fassung der „Entschließung“ erschien in der Zeitung „Neues Deutschland“ vom 26.6.1946. Hervorzuheben sind ferner folgende Dokumente: Manifest des Kulturbundes anlässlich der bevorstehenden Wahlen im Okt. 1946; Entschließung des Präsidialrats zum Friedensproblem vom 3.3.1947; Referat von Johannes R. Becher auf der Präsidialratssitzung am 27.6.1947 über seine Erlebnisse auf der Tagung des PEN-Clubs in Zürich; Erklärung des Präsidialrates zum Verbot des Kulturbundes im amerikanischen Sektor von Berlin vom 5.11.1947 (1. und 2. Fassung); Protokoll über die Pressekonferenz am 5.11.1947 aus Anlass des Verbots des Kulturbundes im amerikanischen Sektor Berlins; Manifest von deutschen Kulturschaffenden aus allen Zonen vom 9.3.1948; Bericht von Heinz Willmann „Drei Jahre Kulturbund“ vom 15.7.1948; Entschließung des Kulturbundes vom 7.9.1948 gegen das Verbot des Kulturbundes in den Westsektoren Berlins und für die Einheit der Kultur in Deutschland.

Die Dokumentation wird ergänzt mit „Biografischen Notizen“ zu einer Reihe wichtiger Akteure des Kulturbundes im Zeitraum 1945 – 1948. Zu anderen in der Edition erwähnten Personen werden in unterschiedlichem Umfang Lebensdaten angegeben. Leider treten hier einige Unzulänglichkeiten auf: So wird das Geburtsdatum von Ernst Jünger mit 1895 statt 1885 (S. 231) angegeben; Hanns Eisler wurde 1898 und nicht 1889 geboren (S. 479). Anhand der Publikation von Hermann Weber und Andreas Herbst „Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945“[5] hätte sich das offen gelassene Sterbedatum von Paul Dornberger (1901 – 1978) ermitteln lassen (S. 487). Ihren Abschluss findet die Edition mit einem „Personenverzeichnis“ (Register).

Insgesamt ist die von Prokop und Zänker vorgelegte Quellenedition für die interessierte Öffentlichkeit ein überaus wertvolles Zeugnis über eine Facette der kulturpolitischen Entwicklung nicht nur in der früheren Sowjetischen Besatzungszone und der Viermächtestadt Berlin, sondern auch in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands.

Hinsichtlich einer wünschenswerten Fortsetzung der Quellenedition mögen an dieser Stelle einige Überlegungen geäußert werden:

1. Neben einer Einleitung zum historischen Kontext der Dokumente müssen dem Leser unbedingt quellenkundliche Informationen vermittelt werden (kurze Bestandsgeschichte; Überlieferungslage wie z.B. Vollständigkeit und Lücken; Hinweise auf ergänzende archivalische und / oder gedruckte Quellen; ggf. Informationen zu Ersatzdokumentation, Erschließungsstand, wie z. B. Publikationsfindbücher, interne Findmittel, Online-Zugang,

[5] Biogramm von Paul Dornberger (31.8.1901 Zeitz – 2.12.1978 Berlin) siehe: Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, 2., überarbeitete und stark erweiterte Auflage, Karl-Dietz-Verlag, Berlin 2008, S. 193/194 (mit Foto).

Vorliegen von Digitalisaten; Benutzungseinschränkungen aus Datenschutz- oder konservatorischen Gründen).

2. Von einem Verzicht auf den Abdruck von Anwesenheitslisten bei Protokollen, auch wenn diese nur sporadisch vorhanden sind (S. 6), sollte unbedingt Abstand genommen werden. Anwesenheitslisten, Tagesordnungen, Anlagen zu einzelnen Tagesordnungspunkten sind – auch wenn diese gesondert vorliegen – ein wichtiger Bestandteil bei Dokumenten-Editionen und haben ihren eigenständigen Quellenwert. Die gleiche Feststellung ist für die Auflösung von Namenskürzeln der Sitzungs- Protokollanten – sofern möglich – und die Aufführung von Verteilerschlüsseln von Schriftstücken und ggf. vorhandenen Anlagen – sofern diese nachweisbar sind – zu treffen.

3. Auf ein thematisch spezifisch auf die Quellenedition abgestimmtes Literaturverzeichnis sollte – wie im vorliegenden Fall – keineswegs verzichtet werden. So hätte unbedingt für den mehrfach in den abgedruckten Texten erwähnten *Aufbau-Verlag, Berlin*[6], für die kulturpolitische Monatszeitschrift *„Aufbau“*[7] und für die vom Kulturbund herausgegebene Wochenzeitung *Sonntag“*[8] die relevante Literatur angegeben werden müssen.

Kurt Metschies

[6] *Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar*. In: Christoph Links. Das Schicksal der DDR-Verlage. Die Privatisierung und ihre Konsequenzen, Ch. Links Verlag, Berlin 2009, S. 196-203; Carsten Wurm: *Aufbau-Verlag*. In: Metzler Lexikon DDR-Literatur. Herausgegeben von Michael Opitz und Michael Hofmann unter Mitarbeit von Julian Kanning, Verlag J.B. Metzler, Stuttgart – Weimar 2009, S. 13-15.

[7] *Aufbau*: Berlin 1945 – 1958. Bibliographie einer Zeitschrift. Bearb. v. Siegfried Scheibe (= Analytische Bibliographien deutschsprachiger literarischer Zeitschriften. Hrsg. Akademie der Künste der DDR, Sektion Literatur und Sprachpflege, Bd.10), Aufbau-Verlag, Berlin – Weimar 1978.

[8] Günther Wirth: Von *Aufbau* und *Sonntag*, Aquarianern und Zinnfiguren. Persönliche Marginalien zur Kulturbund-Publizistik. In: Simone Barck / Martina Langermann / Siegfried Lokatis (Hrsg.): Zwischen „*Mosaik“* und *„Einheit“*. Zeitschriften in der DDR, Ch. Links Verlag, Berlin 1999, S. 304-316 sowie „…einfach gut schreiben!“. Aus dem Gespräch zum *Sonntag* mit Jutta Voigt, Fritz-Jochen Kopka und Detlef Lucke. Moderation: Simone Barck. In: Ebenda, S. 317-327.